

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

7 (9.1.1918)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Verlagspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkasten monatl. 1.10 M., 1/4 Jährl. 3.30 M., zugestellt durch unsere Träger 1.20 bzw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bzw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bzw. 3.60 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags, Geschäftszeit: 1/8-1/11 u. 2-1/6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spital, Kolonialzeitung od. deren Raum 20 J. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe.

Die Friedens-Verhandlungen. — Erhöhte Kampftätigkeit im Westen.

Deutscher Tagesbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 8. Jan. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Einzelne Abschnitte in Flandern und südwestlich von Cambrai lagen zeitweilig unter heftiger Feuer. In der Abenddämmerung griffen englische Kompanien westlich von Bullecourt an; sie wurden abgewiesen.

Seeresgruppe Herzog Albrecht. Im Sundgau entwickelte sich am Abend lebhafter Artilleriekampf, der nach ruhiger Nacht heute früh wieder ausbrach.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Zwischen dem Ochrida- und Prespa-See, im Czerna-Don, sowie zwischen Bardar und Doiran-See war die Artillerietätigkeit reger. Deutsche Jäger brachten von einem Erkundungsvorstoß in die feindlichen, bisher von Russen verteidigten Gräben westlich von Prespa-See eine Anzahl von Franzosen ein.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Gegen den Monte Molone und den Vobe-Abchnitt nördlich von Vidor richtete der Feind tagsüber heftige Feuerüberfälle; auch während der Nacht blieb das Feuer lebhaft.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Oesterreich-Ungarischer Tagesbericht.

W.W. Wien, 6. Jan. (Nichtamtlich.) Amtlich wird verkündet:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Zwischen Brenta und Piave war die Artillerietätigkeit zeitweise lebhaft.

Der Chef des Generalstabes.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 8. Jan. Abends. (W.W. Amtlich.) An der Bahn Boesighe-Staden ist ein englischer Vorkoß gescheitert. In der Gegend von Hliray zwischen Maas u. Mosel sind örtliche Angriffe der Franzosen im Gange. Im Sundgau flaute die Geschichtstätigkeit nach Abweilung eines französischen Vorkoßes bei Ammersweiler ab. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Englische Vorkoße abgewiesen.

Berlin, 8. Jan. (W.W. Nicht amtlich.) Trotz schlechter Witterung war an einzelnen Abschnitten der Westfront in Flandern, westlich Cambrai und im Sundgau das Feuer der beiderseitigen Artillerien lebhaft. Westlich Cambrai holten sich englische Kompanien am 7. Januar eine blutige Schlacht. Nach kurzer Feuerberechtigung brachen die englischen Sturmkolonnen um 5.30 Uhr nachmittags in etwa 600 Meter Breite gegen unsere vordersten Sicherungslinien östlich von Bullecourt zum Angriff vor. Am Feuer und im Nahkampf wurde der Feind unter schweren Verlusten abgewiesen. Zahlreiche tote Engländer liegen vor unseren Gräben und Hindernissen. An vielen Stellen der Westfront setzte der Feind seine verzweifelten Erkundungsvorstoße fort. Seine vorgetriebenen Patronen wurden überall restlos zurückgeschlagen und mußten sich im deutschen Verfolgungsfeuer in ihre Gräben zurückzuziehen.

Französische Flieger über der Schweiz.

Bern, 8. Jan. (W.W. Nicht amtlich.) Schweiz. Dep. Agentur.) Am 7. Dezember, kurz vor 7 Uhr morgens wurden in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes Allnach 5 Bomben abgeworfen. Verletzte wurden glücklicherweise nicht getroffen. Der Schaden ist gering. Eine Telegraphenleitung wurde zerstört, mehrere Fenster Scheiben zertrümmert. Die Sprengstücke wurden gesammelt und einer Untersuchung unterzogen. Die gewaltige Detonation rief unter der Bevölkerung große Beunruhigung hervor. Ein Militärzug, der unmittelbar vorher von Allnach abgefahren war, scheint die verirrtten Flieger angezogen zu haben.

Bern, 8. Jan. (W.W. Nicht amtlich.) (Schweiz. Dep. Agentur.) Bei den Bomben, die gestern in Allnach abgeworfen wurden, handelt es sich nach den aufgefundenen Bombensplittern wieder um Bomben französischen Ursprungs.

Italienische Nahrungsvorgen.

W.W. Rom, 8. Jan. (Nicht amtlich.) „Giornale d'Italia“ erfährt aus Paris: Ritti, der gestern nach Rom zurückkehrte, hatte in Paris Konferenzen mit Bonar Luvi und dem Vertreter Wilsons, ebenso lange Unterredungen mit Clemenceau und Elementel über die Verproviantierungsfrage.

Englischer Vorkoßwechsel.

W.W. London, 7. Jan. (Nicht amtlich.) Der zum englischen High Commissioner in den Vereinigten Staaten bestimmte Carl Reading wird die Geschäfte der Botschaft in Washington und der englischen Kriegskommission übernehmen. Lord Northcliffe bleibt an der Spitze des englischen Ausschusses für die Vereinigten Staaten in London.

Die Wirren in Spanien.

W.W. Genf, 8. Jan. (Nicht amtlich.) Die Agence Havas läßt sich aus Madrid melden: Garcia Prieto erklärte, die Regierung betrachte den dem König am 3. Januar vorgelegten Entwurf über die Auflösung der Kammer als nicht unterzeichnet. Das Kabinett beabsichtigt, dem Herrscher einen neuen Entwurf zur Genehmigung zu unterbreiten, um ihm dadurch zu ermöglichen, die Frage aufmerksam bis zum Schluß zu prüfen.

Die Republik Finnland.

W.W. Stockholm, 8. Jan. (Nicht amtlich.) Nach einem Telegramm aus Helsingfors hat auch der ausführende Ausschuh der Sowjets in Petersburg die Selbständigkeit Finnlands anerkannt.

Die Amerikaner in Frankreich.

Genf, 7. Jan. (Priv.-Tel.) Die amerikanischen Truppen sind in Frankreich einer Ausbeutung durch die Geschäftswelt ausgesetzt, die in der Presse zu den verschiedensten Klagen führt. So sind die französischen Zeitungen einermäßen verärgert, weil die amerikanischen Blätter eine Verordnung des Generals Pershing besprochen haben, der den amerikanischen Regimentskommandeuren in Frankreich strengstens verboten hat, ihren Mannschaften weiterhin Urlaub nach der Stadt Paris zu bewilligen, weil sie dort zu sehr den Verführungen des Alkohols und des schwachen Geschlechts ausgesetzt sind. Andererseits beklagen es die französischen Zeitungen selbst, daß die amerikanischen Soldaten infolge ihrer Unkenntnis der Sprache von den Geschäftsleuten vielfach rücksichtslos überborteilt werden. In Nancy und Umgegend, wo sich amerikanische Truppen zur Ausbildung befinden, sind Wirte und Geschäftsleute verpflichtet worden, die Preise ihrer Waren in englischer Sprache anzuhängen. In St. Nazaire, wo die amerikanischen Truppen landeten, und in Brest, wo die übrigen amerikanischen Transporte ausgeladen werden, haben die Gasthäuser ihre Preise derart übertrieben, daß der Admiral Wilson nach einer vergeblichen Beschwerde bei der Stadtbehörde von Brest für seine Offiziere die Sperre über das erste Hotel der Stadt verhängte.

W.W. Genf, 7. Jan. (Priv.-Tel.) „Daily Chronicle“ schreibt am 8. Januar in einem Leitartikel: „Im vergangenen Sommer wurde in der amerikanischen Presse für ein Programm Propaganda gemacht, nach dem einige tausend Apparate und Flieger in Frankreich gegen Ende des Jahres fliegen sollten. Diese Geschwader sind bisher nicht angekommen, und es erscheint auch unwahrscheinlich, daß sie in absehbarer Zeit kommen werden. Wir haben natürlich keinen gerechten Grund zu klagen, denn tatsächlich wurden Erwartungen gehegt, die vernünftige Wahrscheinlichkeiten bei weitem überschritten. Andererseits ist die Beschleunigung der amerikanischen Beteiligung angeht die Lage, in der sich die europäischen Kriegführenden befinden, so wesentlich, daß die Folgen der Verzögerungen auf diesem und anderen Gebieten (das wichtigste ist der Schiffbau) nicht übersehen werden können. Der Einfluß der Verzögerungen auf den Krieg ist nicht zu unterschätzen. Sie werden möglicherweise den Krieg mehr beeinflussen, als unsere amerikanischen Freunde es verstehen werden. Und aus diesem Grunde wagen wir es, mit pflichtschuldigster Dankbarkeit für alles, was die Amerikaner tun, und in vollster Anerkennung ihrer großartigen Willensstärkung die große Bedeutung des Zeitfaktors zu betonen.“

General Haig abgelehnt.

Berlin, 8. Jan. (Nichtamtlich.) Laut „B. Z.“ am Freitag“ berichtet das „Echo Paris“, der englische Premierminister Lloyd George habe aufgrund der Unterstützung der englischen Niederlage bei Cambrai im Ministerrat wichtige Veränderungen beim englischen Oberkommando durchgesetzt. Generalstabchef Robertson und General Wilson werden in Versailles bleiben, dagegen wird Douglas Haig voraussichtlich eine andere Verwendung erhalten.

Albert Thomas über die Stellung der französischen Arbeiter.

Amsterdam, 8. Jan. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London: Der frühere französische Munitionsminister Albert Thomas befindet sich zu Beratungen mit Lloyd George und anderen Ministern und Arbeiterführern in London. In einem Gespräch mit einem Mitarbeiter von „Daily Chronicle“ sagte er, die französischen Arbeiterklassen seien nicht pazifistisch, sondern entschlossen, die Niederlage und die Vernichtung des preussischen Militarismus herbeizuführen. Die Ansichten der französischen sozialistischen Partei seien dieselben wie im Anfang des Krieges. Die Partei lege ein großes Gewicht auf den Völkerverbund. Clemenceau sei kein Gegner des Völkerverbundes, betrachte ihn aber als etwas zu fern Liegendes, während die Arbeiter seine Verwirklichung für notwendig erachteten. Thomas fuhr fort: Wir sind Anhänger der Ideen Wilsons und stimmen in den meisten Punkten mit der Erklärung der britischen Arbeiterpartei überein, glauben aber, daß deren Ideen über die Stellung der tropischen Kolonien Afrikas nicht ohne weiteres durchführbar sind und ein genaueres Studium erfordern. Thomas erklärte sich ferner dagegen, daß Kolonien mit nationalen Ueberlieferungen unter britischer, französischer oder belgischer Flagge einer künstlichen Verwaltung eines sogenannten Völkerverbundes unterstellt würden. Im Gegensatz zu den Bolschewiki, die den sofortigen Frieden wollten, verlangten die französischen Arbeiter einen gerechten Frieden. Sie wünschten den Krieg nicht durch einen Wirtschaftskrieg zu verlängern. Wenn aber Deutschland den Bedingungen eines Dauerfriedens nicht zustimmen und die Rechte anderer Nationen nicht achten würde, sei eine Handelsbarriere unausbleiblich. Deutschland habe wie alle anderen Nationen nur dann das Recht auf kommerzielle und industrielle Freiheit, wenn es ein loyales Mitglied des Völkerverbundes werde.

Zugstandene Wirkung der U-Boote.

Berlin, 9. Jan. Es ist den U-Booten bei feindlicher Gegenwehr nicht immer möglich, nach erfolgtem Angriff Namen, Bestimmung und Ladung des getroffenen Schiffes festzustellen. Diese Unmöglichkeit tritt natürlich sehr oft beim Herausziehen von Schiffen aus Geleitzügen ein. Darauf kommt es auch gar nicht an. Hauptzweck ist zunächst Verenkung von möglichst viel Schiffraum. Der englische Premierminister Lloyd George hatte gesagt: „Schiffe bedeuten Kanonen, Schiffe bedeuten Brot, Schiffe sind der Sieg.“ Und in diesem Sinne haben die seit dem 1. Februar bis mit 30. November vorigen Jahres durch U-Boote verenkten 8 256 500 Bruttoregister-tonnen auch derartige Wirkung gezeigt, daß laut „Daily News“ vom 4. Dezember 1917 der englische Lebensmittelkontrollleur Sir A. Papp in einer Rede vor den Mitgliedern der Getreidebörse bekennen mußte: „Ich habe die Zahlen der U-Boote Opfer gelesen und bin darüber entsetzt gewesen.“

Inzwischen ordnete die englische Regierung an, daß jedes noch England bestimmte Schiff, welcher Art auch seine Ladung sein möge, jeden verfügbaren Raum, selbst die unbedeutendsten Passagierkabinen, mit Lebensmitteln auszufüllen habe.

W.W. Amsterdam, 8. Jan. (Nichtamtlich.) In Wlissingen ist die Nachricht eingelaufen, daß der Dampfer „Karlshof“ der holländischen Linie im Dezember an der französischen Küste gesunken ist.

W.W. London, 8. Jan. (Nichtamtlich.) Die Admiralität gibt bekannt, daß ein englischer Zerstörer im Mittelmeer torpediert wurde und gesunken ist. 10 Mann sind umgekommen.

W.W. Amsterdam, 8. Jan. (Nichtamtlich.) Aus Wlissingen wird gemeldet, daß der belgische Dampfer „Amalie“, 1136 Bruttoregister-tonnen, torpediert worden ist.

Zu den Friedens-Verhandlungen.

Trotsky an die französischen Sozialisten.

Berlin, 8. Jan. „Berliner“ veröffentlicht einer Genfer Meldung des „B. L.“ zufolge Trotskys Antwort an die französischen Sozialisten. Die wesentlichsten Stellen sind folgende:

Die bisherigen Kriegserfahrungen haben gelehrt, daß der Krieg nicht durch Waffengewalt sein Ende finden kann. Wie oft hat man dem französischen Volke den entscheidenden Sieg verhießen; jedesmal waren seine Hoffnungen vereitelt. Wir sind also auf militärischem Gebiet heute einer Lösung so fern wie nach den ersten Kriegsergebnissen. Dem französischen Sozialismus fällt ein großer Teil der Verantwortung zu, daß der Krieg noch nicht sein Ende gefunden hat. Die französischen Kammer-sozialisten erzielten, obgleich sie alle Kriegskredite bewilligten, bisher nicht das geringste Entgegenkommen der Regierung. Man verweigerte ihnen jede präzise Antwort über die Kriegsziele der Entente und versperrte ihnen den Weg zu der geplanten internationalen Konferenz. Das Vorgehen der französischen Sozialisten ist durchaus im Widerspruch mit sozia-

littischen Grundfragen. Nach allen Demütigungen, denen sich der französische Sozialismus aussetzte, hat er das Recht verweigert, den russischen Sozialismus zu beurteilen. An uns hat es wahrlich nicht gefehlt, den allgemeinen Frieden vorzubereiten, keineswegs einen Frieden um jeden Preis. Unsere Vorbereitungen beruhten auf demokratischen Grundlinien, denen die Sozialisten aller Länder näher treten könnten. Was ist daraus in Paris geworden? Man hat uns mit der Ernennung des Ministeriums Clemenceau geantwortet, einer Regierung des blinden Chauvinismus und der Reaktion auf sozialem Gebiet. Clemenceaus Weg ist nicht der des Friedens, er führt das französische Volk zu seinem Untergang. Diese Erkenntnis wird doch endlich dem französischen Proletariat dämmern; er wird von seiner Regierung Teilnahme an den Friedensverhandlungen verlangen. Erste Voraussetzung hierfür muß die Befreiung der französischen Bedingungen sein. Die Verhandlungen sind offen.

Trotsky schließt mit der Versicherung, der russische Volksrat werde die Interessen und Grundzüge des internationalen Sozialismus verteidigen.

Für die Anlehnung an Rußland.

W.B. Berlin, 8. Jan. Fürst Vichnowsky, der ehemalige deutsche Botschafter in London, behandelt in dem „Berliner Tageblatt“ die Grundlagen des russischen Friedens und sagt:

„Unsere auswärtige Politik muß sich namentlich eines vor Augen halten: die Notwendigkeit einer künftigen Anlehnung an Rußland politisch und wirtschaftlich. Falls alles hinderegeräumt wird, was der Veröhnung im Wege steht, wird sich in dem aufstrebenden Riesereich für unsere Industrie und Technik, für den deutschen Unternehmungsgeist ein weites Wirkungsfeld eröffnen. Ob wir der Front gegen England? Ganz gewiß nicht! Das können wir dann ruhig anderen überlassen.“

Eine Nichtigstellung der „Nordd. Allg. Ztg.“

W.B. Berlin, 8. Jan. (Nicht amtlich.) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ dringt folgende Nichtigstellung: In verschiedenen Morgenblättern wird die Nachricht veröffentlicht, der Reichskanzler Graf Hertling habe am Montag die Parteiführer zu einer Besprechung streng vertraulichen Charakters zusammenberufen. Wie wir erfahren, hat eine solche Besprechung beim Reichskanzler nicht stattgefunden. — In einer Zuschrift des „Berl. Lokalan.“ aus parlamentarischen Kreisen wird über die Verhandlungen in Brest-Litowsk, die auch anderwärts aufgetauchte Behauptung wiedergegeben, daß die deutschen Bevollmächtigten von der ihnen mitgegebenen Marschroute abgewichen seien. Diese Behauptung trifft nicht zu. Weder für den bisherigen, noch für den künftigen Gang der Verhandlungen kann die Rede davon sein, daß die deutschen Bevollmächtigten etwas anderes anstreben und vertreten, als das, was sie nach ihren Instruktionen zu vertreten haben.

Ein günstiges Friedenszeichen.

Berlin, 8. Jan. (Privatmeldung.) Das „Berliner Tageblatt“ berichtet einer Basler Meldung der „B. Z.“ zufolge: Das Steigen der Wechselkurse, das seit einigen Wochen in der Schweiz eingetreten ist, dauert unermindert fort. Man kann sich an der Börse keiner derartigen Aufwärtsbewegung erinnern, wie diejenige der Devisen der Zentralmächte in den letzten 4 Wochen. Die deutsche Mark steht heute auf fast 90 gegenüber 59 Centimes vor einem Monat. In Bern waren in den letzten Tagen in den Banken und Wechselstuben weder Mark noch Krone zu erhalten und es herrschte ein wahrer Sturm auf beide. Einer der ersten Schweizer Großbankdirektoren erklärte, daß man dies als ein sehr günstiges Friedenszeichen ansehen müsse.

Friedensbewegung in Amerika?

Bern, 8. Jan. (W.B.) Die „Mornina Post“ berichtet aus Washington: In Amerika lebte überall eine starke Strömung zugunsten des Friedensschlusses ein, die von Sozialisten, Sozialisten, deutschen Agenten und „Verrätern“ gefördert werde. Sie argumentierten, daß Deutschland eine aufrichtige Friedensbereitschaft beweisen habe und daß, wenn Rußland imstande sei, mit Deutschland Frieden zu schließen, es auch den Alliierten unter Führung Wilsons möglich sein sollte, mit Deutschland zu einer für alle Teile gerechten Verständigung zu kommen. Der Berichterstatter fügte hinzu: „Der Ernst der durch die russisch-deutschen Friedensverhandlungen herbeigeführten Lage werde in Washington voll anerkannt. Zweifellos würden die Alliierten gegen die „hinterlistigen Intrigen“ Gegenmaßnahmen ergreifen.“

Aufruf an die englischen Arbeiter.

W.B. Bern, 8. Jan. (Nicht amtlich.) Am Vorabend der Verhandlungen der englischen Regierung mit Vertretern der Arbeiterschaft über die weitere Heranziehung der bisher vom Kriegsdienst befreiten Berufe zum Heeresdienst hat der Arbeitsminister Roberts einen Aufruf an die englische Arbeiterschaft erlassen, worin es heißt: Wir alle einschließlich der viel angegriffenen Regierung, verlangen schließlich nach einem baldigen Frieden. Aber um einen betriebenden dauerhaften Frieden zu erlangen, ist es notwendig, die kriegsgerüstete Nation in ihrer größten Leistungsfähigkeit zu erhalten. Unsere Fähigkeit, den Krieg fortzusetzen, muß den Mut des Feindes stark beeinflussen; wenn wir Schwäche bekunden, wenn unser Volk, was undenkbar erscheint, nicht gewillt wäre, den Mannschaffserias und die Geldmittel, die nötig sind, herzugeben, dann würde der Feind ermutigt und ein fauler Friede würde die Folge sein.

Ausland.

Wien, 8. Jan. (Privattelegramm.) Den Blättern zufolge fand gestern in Prag die angekündigte Versammlung aller tschechischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten aus Böhmen, Mähren und Schlesien statt, an der auch die begnadigten Abgeordneten Stramarc, Rasin, Eber, Voina und Burgwal teilnahmen. Nach

einer längeren Ansprache des Vorsitzenden Stanel wurde die vorgeschlagene Entschließung einstimmig angenommen. Im ersten Teil der Entschließung, deren Wortlaut noch nicht veröffentlicht ist, wird die staatsrechtliche Kundgebung vom 30. Mai wiederholt, im zweiten Teil der Zustimmung über die Ausführungen des Grafen Czernin in Brest-Litowsk bezüglich des Selbstbestimmungsrechts der Nationen Ausdruck verliehen.

Die Zustände in der Moldau.

Stockholm, 7. Jan. Das Militärblatt „Armij Flot“ veröffentlicht einen Aufruf des rumänischen Sozialistenkomitees, der eine Darstellung der Leidensgeschichte der Rumänen ist. Nach ihm ist die Moldau ein einziges Lazarett und zu einem einzigen Krankenhaus verwandelt. 200 000 Menschen sind an Typhus erkrankt, 80 000 daran gestorben. Die Dörfer werden menschenleer. Es gibt keine Kleidung und kein Essen. Die jetzige rumänische Regierung sei die Regierung des Unglücks. Die Rumänen sollten ihr nicht materielle Hilfe leisten, sondern diese reaktionäre Regierung stürzen.

Von Bethmann über Hertling — wohin?

Der vertrauliche Mahnruf, den der Vorsitzende der Vaterlandspartei, Herr v. Tirpitz, an seine Getreuen am Rhein richtete, und der höchst fataler Weise seinen Weg in die Redaktionsstube des „Vormärts“ fand, wirkt auf die ganze diplomatisch verfahren Situation ein so helles Licht, daß einem die Augen heißen. Also der berühmte Säupfling aller alldeutschen Landverächter hatte am 31. Dezember eine Unterredung mit dem Reichskanzler und er hat, wie er selber mittelst des Palais in der Wilhelmstraße mit beruhigendem Gefühle verlassen, daß „die deutschen Lebensnotwendigkeiten im Osten gewahrt bleiben“ sollen.

Was versteht die deutsche Vaterlandspartei unter „deutschen Lebensnotwendigkeiten“? Sie versteht, alle Welt weiß es, Annerkennung darunter und zwar recht weitgehende Annerkennung. Auf den Forderungen der Selbstbestimmungsrechte der Völker“ haben die Herren stets gepiffen, von ihrem Standpunkte aus mit vollem Recht. Denn wer dem eigenen deutschen Volk kein Selbstbestimmungsrecht gewähren will, der wird es folgerichtig noch weniger fremden Völkern gewähren wollen, Polen, Letten, Litauern, Esten. Kann man sich für freie Volksabstimmungen und Volksvertretungen, die nach demokratischem Wahlrecht gewählt sind, in fremden Ländern begeistern, wenn man alle Anstöße, Pfiffe und Schläge anwendet, um dem eigenen preussischen Volk eine wirkliche Volksvertretung vorzuenthalten?

Diese Herren wollen nicht gleiches Recht, draußen und drinnen, sondern Herrschaft. Herrschaft einer Oberhoheit über das deutsche Volk und Weiterentwicklung dieser Klassenherrschaft über fremde Völker. Sie lieben nicht die geündere Ausdrucksweise der Diplomatie, sondern sie führen eine Sprache, deren Brutalität erschreckt, deren Aufrichtigkeit aber nicht bezweifelt werden kann.

Aus einer Unterredung mit dem Reichskanzler am 31. Dezember hat nun der Führer dieser politischen Richtung den Eindruck mit nach Hause genommen, daß zwischen ihm und den verantwortlichen Vertretern der deutschen Reichsregierung keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten bestehen. Und doch ist am 25. Dezember jene weithin hallende Erklärung abgegeben worden, in der alle gemachten Annerkennungen feierlich abgelehnt worden und das Selbstbestimmungsrecht der Völker ebenso feierlich anerkannt wird.

Von zwei Dingen ist nur eines möglich: Entweder hat sich Herr von Tirpitz im Irrtum befunden, wenn er glaubt, von den vertraulichen Aufklärungen des Reichskanzlers in seinem Sinne beruhigt sein zu dürfen — oder die Kritik ist berechtigt, die im Ausland an der Erklärung vom 25. Dezember geübt worden ist. Somit wäre aber dann die Politik der Regierung Hertling vor dem Scheitern?

Ein altes Märchen erzählt von dem Magnetberg, der sich irgendwo auf einer fernen Insel befinden soll, seine Anziehungskraft sei so stark, daß jedes Schiff, das in seinen Umkreis gerate, mit unwillkürlicher Wucht von ihm angezogen werde. Da hilft kein Segeln und kein Steuern, mit steigender Geschwindigkeit nähert sich das Schiff dem tödlichen Berg, um schließlich in rasender Fahrt an seinem kühleren Felsen zu zerbrechen. Es scheint, daß es auch in Deutschland einen solchen Magnetberg gibt: Bethmann und Michaelis sind an ihm gescheitert, und nun nähert sich ihm auch Hertlings Schiff mit unheimlicher Geschwindigkeit.

Wäre es nur Hertlings Schiff! Aber auf ihm vermuten wir die tröstliche Ladung: den Frieden. Wenn der scheitert, was liegt uns an Hertling?

Man kann dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen, Herrn von Kühlmann, den schweren Vorwurf nicht erheben. Wenn sie insgeheim mit Herrn von Tirpitz einer Meinung sind, dann hätten sie die Erklärung vom 25. Dezember nicht abgeben dürfen. Denn das Tirpitztelegramm behauptet ja zugleich auch den ungünstigen Eindruck, den die folgende Erklärung vom 28. Dezember gemacht hat. Es traten da Dinge auf, die man im höchsten Anland Schließbetten und Unlöslichkeit nennt. Im unhöflichen Ausland nennt man sie noch anders.

Was tun! Die Sozialdemokratie hat gar kein Interesse daran, ob der Reichskanzler Hertling oder anders heißt. Sie will den Frieden. Hertling ist ein anderer Gelehrer als Michaelis, er verfügt nicht nur über eine viel größere Gewandtheit, sondern er stützt sich auch auf die stärkste Fraktion des Reichstags, das Zentrum. Es sind Bestrebungen im Gange, eine neue Regierungsmehrheit unter Ausschluß der Sozialdemokratie zustande zu bringen. Einem Versuch, Hertling zu stürzen, droht als Erfolg Folgeruna der Sozialdemokratie. Verstärkung des alldeutschen Einflusses, Verlängerung des Krieges.

Diesen Tatsachen oder Möglichkeiten muß man offen ins Auge schauen. Daraus folgt aber noch nicht, daß man sein Verhalten unter allen Umständen nach ihnen einrichten muß. Nur solange nicht alle Hoffnung geschwunden ist, mit dieser Regierung zum Frieden zu gelangen, wird man sich vor Ueber-eiltheiten hüten müssen. Mit dieser Regierung kann man aber

nur zum Frieden gelangen, wenn die Sozialdemokratie auf die Mehrheit und diese auf die Regierung einen genügend starken Einfluß ausübt.

Ob dies noch möglich ist, müssen die nächsten Tage lehren. Ist es nicht mehr möglich, dann gehen wir offenbar sehr ernstlichen Zeiten entgegen. Eine Regierung, die den Frieden mit den Russen nicht zustande gebracht hätte und die von Schuld an diesem Mißgeschick nicht freisprechen wäre, könnte von der Sozialdemokratie nur als Gegnerin betrachtet werden. Diese Gegnerin würde sehr scharf und sehr erbittert sein, sie müßte zu schweren parlamentarischen Kämpfen führen und würde sich in den gesamten innerpolitischen Verhältnissen des Reichs bis in den kleinsten Winkel hinein fühlbar machen.

Eine große Partei, die sich ihrer Stärke und ihrer Verantwortung bewußt ist, wird unter den gegenwärtigen Umständen solche Kämpfe mitvollkommener Gewiß nicht heraufbeschwören wollen. Das Bestreben, sie zu vermeiden, solange es möglich ist, ist vorhanden und verdient die Anerkennung aller Befähigten. Werden sie unvermeidlich, dann: dar! es kein festes Ausweichen geben und auch kein leeres Protestieren. Auch eine starke Regierung, als die wir die Regierung Hertling anerkennen, muß doch wissen, daß die Sozialdemokratie als Opposition wirksame Kräfte zu entfalten imstande ist.

Seite sind noch nicht alle Hoffnungen verächtlich. Möge die Regierung ihre Fehler gut machen und klare Bahn schaffen, die zum Frieden führt.

Deutsches Reich.

Tirpitz mißt sich ein.

Der Landesverein der Deutschen Vaterlandspartei für die Rheinprovinz hat, wie er in einem Geheimzirkular mittelst, zahlreiche Protest- und Gebungen seiner Mitglieder gegen die in Brest-Litowsk festgelegten Friedensgrundlagen erhalten. Er hat sich darauf wegen einer großen Kundgebung an die Hauptleitung in Berlin gewandt, worauf das nachstehende auffallende Telegramm von Tirpitz einlief:

„Der deutschen Vaterlandspartei gehen täglich von den Landesvereinen tiefgeföigte Kundgebungen zu, die zum Ausdruck bringen, daß mit aller Kraft gegen den gefährlichen Weg Verwahrung eingelegt werden müsse, der in Brest-Litowsk betreten worden ist. Die Hauptleitung der deutschen Vaterlandspartei teilt diese Sorgen durchaus. Sie erkennt in dem eingeschlagenen Verfahren eine schwere Gefahr und ist fest entschlossen, soweit an ihr liegt, alles zu versuchen, um sie noch in letzter Stunde zu beschwören. In diesem Sinne hat bereits eine Unterredung des ersten Vorsitzenden mit dem Reichskanzler am 31. Dezember stattgefunden. Bei der Hauptleitung besteht der Eindruck, daß im Falle eines deutsch-russischen Sonderfriedens die deutschen Notwendigkeiten im Osten nicht gefährdet sind.“

Die Hauptleitung rechnet im übrigen in diesem ernstlichen Augenblicke ganz besonders auf die geschlossene Wirkung aller Landesvereine und Ortsgruppen. Die Hauptleitung wird mit dem Aufrufe an sie der Auffassung der deutschen Vaterlandspartei mächtig Ausdruck zu verleihen, nicht länger zögern, als es die Rücksicht auf die überaus schwierige Lage erfordert. Der Augenblick ist nahe. Was dahin bittet sie, alle Vorbereitungen für eine gemeinsame Kundgebung zu treffen; Einzelkundgebungen aber jetzt noch zu unterlassen.

v. Tirpitz.

In diesem Telegramm, das von Unterredungen des Herrn v. Tirpitz mit dem Reichskanzler ausgeht, ist eine Bemerkung von höchster politischer Bedeutung: daß die Hauptleitung der Vaterlandspartei den Eindruck hat, im Falle eines deutsch-russischen Sonderfriedens würden die deutschen Notwendigkeiten im Osten nicht gefährdet sein! Da man weiß, was die Gefolgsamannen des Herrn v. Tirpitz unter solchen Notwendigkeiten verstehen, so ergibt sich die Vermutung, daß den Vaterlandsparteilern neuerdings Zusicherungen gemacht worden sind, die mit den bisherigen Erklärungen der Regierung und Wünschen der großen Mehrheit des deutschen Volkes nach einem Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen nicht im Einklang stehen können. Jedenfalls ist sofortige Auffklärung über dieses Telegramm des Herrn v. Tirpitz dringend erforderlich. (Siehe auch untern heutigen Leitartikel.)

Auseinandersetzung zwischen Kriegsbefähigten und Vaterlandspartei.

In den Festhällen des Westens in Berlin fand am Sonntag eine Mitgliederversammlung des Bundes der Kriegsbefähigten und ehemaliger Kriegsteilnehmer statt, die von rund tausend Kriegsbefähigten besucht war. Sie sollte der Demonstration für den Verständigungsfrieden und das gleiche Wahlrecht dienen. Auf Einladung waren auch Vertreter der politischen Parteien und eine Anzahl Redner der Vaterlandspartei erschienen. Der Redner Dr. Wrasch sprach unter lebhaftem Beifall seine Entrüstung darüber aus, daß der vermeintliche Abschluß der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk von den alldeutschen Blättern mit Jubel begrüßt worden sei und forderte nachdrücklich, daß Deutschland an reinen Verteidigungscharakter des Krieges festhalte. In der Debatte ergriffen der Generalsekretär der Vaterlandspartei A. Ripke und Dr. Georg Wilhelm Schiele das Wort, um die Forderungen der Annerkennung zu vertreten. Sie begründeten ihre Eroberungsforderungen hauptsächlich damit, daß Deutschland gegen einen künftigen koalitierten Angriff besser geschützt werden müsse, als es diesmal geschützt war, da man nicht immer damit rechnen könne, durch eine Fülle besonderer Umstände so günstig wie jetzt abzukommen. Ihre Ausführungen wurden mit steigender Wärme aufgenommen, jedoch Dr. Schiele schließlich auf das Wort verächtete. Den Rednern der Vaterlandspartei entgegnete der Bundesvorsitzende Erich Kuttner, daß eine Verständigung ausichtslos erlaube. Neue Herren seien im Gedankens immer schon beim nächsten Krieg, die Kriegsteilnehmer sind dagegen in ihren Gedanken bei der Verhinderung jeder ähnlichen künftigen Weltkrisis. Analeich protestierte er dagegen, daß die Vaterlandspartei sich für ihre Rolle auf die Meinung der Feldmatten berufe. Er kein Mensch bestraft habe. Wrasch entgegnete dem Redner der Vaterlandspartei unter lebhaftem Beifall der Versammlung der Schriftsteller Helmuth von Gerlach und der fortschrittliche Abgeordnete Reichsminister Dr. Neumann-Göfer. Der Letztere betonte, daß die Fort-

Nr. 7.
schrittliche
Vaterlands
abnehmen
frieden und
sich einstim
Berlin
Kaiser hat
nein Er
Staatsmin
Berlin,
Eitung de
einer Anp
öffnet, der
daß die Be
gen stämp
Anerkennu
Reich gefun
Gliederung
schen Inn
domernde B
Berichte, an
mit Verfal
gestern abg
W.B.
Bormittags
identen vor
schickte P
hern nach
Lanzler st
wirden im
kaiserliche
kung der
W.B.
des Regent
präsident
mischen Dep
heute mittag
des Stellvert
n. d. Aus
putationen
den Einführ
Die U
Allgemein
innerhalb die
Sabern, Elsa
daß jeder über
Schaffen, Geh
Ein Star
Wähler mit d
1909 in Sach
der hat gwei
oder aus öffe
bezieht, ferne
Steuereinheit
haben, Grund
oder Ostbau,
Einkommen ü
Einkommen ü
Wahl, bei Gr
der
Nikolaus
italen Gebur
Alles, was
Johannus un
des russische
Es gibt keine
tel im riesig
tischen, wo die
men worden
rund der Ret
Feinden des
unbewußt, zu
werden ist.
Weber die sch
Nästen wir v
rutsche Umge
nötig sind id
gestaltet. Die
und durch Bo
hat das russi
lichen allru
lungen, das
beschlüssende
der lokalen
Die Organisat
beilegt. Die
trifikation du
umgestaltet.
einer ganzen
gegenwärtig
Reimzellen d
*) Der K
Rundschau (St

Autokratie auf
igend star-
age lehren.
ehr ern
Frieden
die von
re, könnte
achtet wer-
er erbittert
mpfen füh-
n Verhält-
in fühlbar

schrittliche Volkspartei die an sie ergangene Aufforderung der Vaterlandspartei zum Anschluß mit der größten Entschiedenheit ablehnen werde. Eine Resolution, welche den Verständigungs-frieden und das gleiche Wahlrecht für Preußen verlangt, wurde einstimmig angenommen.

Wallraf Staatsminister.

Berlin, 8. Jan. (W.B. Nicht amtlich.) S. M. der Kaiser hat unter dem 7. Januar den Staatssekretär des Innern E. Wallraf zum Staatsminister und Mitglied des Staatsministeriums zu ernennen gerufen.

Aus dem Hauptauschuß.

Berlin, 8. Jan. (W.B. Nicht amtlich.) Die heutige Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages wurde mit einer Ansprache des Vorsitzenden Abg. Fehrenbach eröffnet, der u. a. ausführte: Die Befriedigung begrüßen wir, daß die Bevölkerung Finnlands nach schweren und langen Kämpfen die Selbständigkeit errungen und diese die Anerkennung durch Rußland, Schweden und das Deutsche Reich gefunden hat. Wir bringen dem Lande unsere besten Glückwünsche entgegen und hoffen und wünschen, daß zwischen Finnland und dem Deutschen Reich gute und andauernde Beziehungen, insbesondere auch auf wirtschaftlichem Gebiete, angeknüpft und gepflegt werden. — Nach diesen mit Beifall aufgenommenen Ausführungen wurden die gestern abgebrochenen Beratungen fortgesetzt.

Der polnische Regentenschaftsrat in Berlin.

Berlin, 8. Jan. (W.B. Nicht amtlich.) Im Laufe des Vormittags machte der Regentenschaftsrat mit dem Ministerpräsidenten von Ruzarszewski und dem Chef des Zivilkabinetts Prälat Chelmski eine Reihe von Besuchen. Gestern nachmittag fand eine Konferenz mit dem Reichskanzler statt, über deren Verlauf die polnischen Herren sehr zufrieden sind. Abends fand ein großer Empfang beim Reichskanzler statt. Heute früh empfingen die Herren eine Abordnung der polnischen Fraktion des Deutschen Reichstages.

Berlin, 8. Jan. (W.B. Nicht amtlich.) Die Mitglieder des Regentenschaftsrates des Königreichs Polen, der Ministerpräsident von Ruzarszewski und die anderen Herren der polnischen Deputation, sowie die Herren der Begleitung wurden heute mittag vom Kaiser in Gegenwart des Reichskanzlers und des stellvertret. Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Friedrich Busche empfangen. Die Einführung der polnischen Deputation geschah durch den Oberhof- und Hausmarschall und den Einführer des diplomatischen Korps.

Die Wahlrechte der deutschen Bundesstaaten.

II.

Allgemein ist das Wahlrecht nirgends, der Kreis der Wahlberechtigten unterliegt überall gewissen Einschränkungen. Aber innerhalb dieses Kreises besteht ein gleiches Wahlrecht in Baden, Bayern, Elsaß-Lothringen, Hessen (hier mit der Einschränkung, daß jeder über 30 Jahre alte Wähler eine Zusatzstimme erhält), in Sachsen, Coburg und Gotha und in Württemberg.

Ein Kurialwahlrecht besteht seit 1909 in Oldenburg, wo jeder Wähler mit dem 10. Lebensjahre eine zweite Stimme hat und seit 1909 in Sachsen, wo die Wähler bis zu 4 Stimmen haben können. Hier hat zwei Stimmen jeder, der über 1600 M. Einkommen hat oder aus öffentlichem Amte oder dauernder Anstellung 1400 M. bezieht, ferner Grundbesitzer, auf deren Besitz mindestens 100 Steuerarbeiten haben, sofern sie über 1350 M. Einkommen haben, Grundbesitz über 2 Hektar für Land- und Forstwirtschaft oder Obstbau, oder 1/2 Hektar für Gärtnerei und Weinbau, sowie Enghäufig-Freiwillige. 3 Stimmen werden gewährt bei einem Einkommen über 2200 M. bzw. bei einem beruflichen, gewerblichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Einkommen über 1900 M., bei Grundbesitz über 150 Steuerarbeiten bei Gesamtein-

kommen über 1600 M., bei Grundbesitz von über 4 Hektar für Land- und Forstwirtschaft oder Obstbau oder 1 Hektar für Gärtnerei oder Weinbau. 4 Stimmen werden gewährt bei Einkommen von über 2800 M., bei einem beruflichen, gewerblichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Einkommen über 2500 M., bei Grundbesitz über 200 Steuerarbeiten bei Gesamteinkommen über 2200 M., ferner bei Grundbesitz über 8 Hektar für Land- und Forstwirtschaft oder Obstbau oder über 2 Hektar für Gärtnerei oder Weinbau. Schließlich wird für das 50. Lebensjahr eine Altersstimme gewährt.

In Meckl. v. L. haben die Höchstbesteuerten ein gleiches Wahlrecht, für die übrigen Wähler besteht ein Kurialwahlrecht und zwar sind vorhanden zwei Stimmen bei einem Einkommen über 1800 M., falls die Wähler im Fürstentum mindestens 5 Hektar Grundbesitz haben oder als selbstständige Gewerbetreibende regelmäßig zwei oder mehr über 16 Jahre alten Hilfskräfte beschäftigen. 3 Stimmen haben Wahlberechtigte mit über 2400 M. Einkommen, 4 Stimmen Wahlberechtigte mit mehr als 3000 M. Einkommen. Eine Zusatzstimme erhält, wer am Tage der Wahl das 50. Lebensjahr vollendet hat, eine weitere Zusatzstimme, wer eine technische oder wissenschaftliche Vorbildung besitzt, die durch Ablegung der Abschlußprüfung an einer staatlich anerkannten Fachschule dargelegt ist oder die zur Führung des Meistertitels oder zum Einjährigendienst berechtigt.

In anderen Bundesstaaten bestehen Klassenwahlrechte, die aber bündelweise sehr verschieden sind. Um nur einige Beispiele anzuführen, begegnen wir in Braunschweig einem Dreiklassenwahlrecht nach dem direkten Gemeinbesteuerten. Doch muß hier die erste Abteilung mindestens 5, die zweite mindestens 20 Prozent der Wähler umfassen. In Bremen sind die Wähler in 8 Klassen eingeteilt, von denen jede für sich wählt. Die Zahl der von den einzelnen Klassen zu wählenden Abgeordneten schwankt zwischen 4 und 52. In Lippe-Dehmold sind die Wähler in drei Abteilungen geteilt, die je 7 Abgeordnete wählen. In Sachsen-Altenburg entfällt zunächst auf je 500 Wähler des Wahlbezirks ein Höchstbesteuerter. Diese Höchstbesteuerten wählen 9, die Vertreter der Städte 11 und die Vertreter des städtischen Landes 12 Abgeordnete nach dem Dreiklassenwahlrecht unter Ausschaltung der Höchstbesteuerten. In Waldeck und Pyrmont besteht ein Dreiklassenwahlrecht. Besonders verwickelt ist seit der Reform von 1906 das Wahlverfahren in Hamburg, wo von den 80 aus allgemeinen Wahlen herorgehenden Mitgliedern der Bürgerschaft 8 vom Lande und 72 von der Stadt gewählt werden und zwar je 36 in zwei Wahlbezirken. In jedem Wahlbezirk sind den Wählern der Gruppe 1, d. h. den Bürgern, die in den letzten Jahren mehr als durchschnittlich 2500 M. versteuert haben, 24, den übrigen Bürgern 12 Sitze vorbehalten.

Im großen Ganzen entscheidet wie beim Reichstagswahlrecht die absolute Mehrheit. Eine Ausnahme machen Lübeck, wo die relative Mehrheit entscheidet und Baden, Bayern, Oldenburg und Württemberg, wo die relative Mehrheit der Stichwahlen den Ausschlag gibt.

Anfängen des Proportionalwahlrechts begegnen wir in Württemberg, wo 6 Abgeordnete von Stuttgart und 2 der Landeswahlkreise nach Listen und Proportionalwahlrecht gewählt werden. Die öffentliche Stimmabgabe ist nur vorgelesen in Waldeck und Pyrmont.

Indirekt ist das Wahlverfahren in Sachsen, Coburg und Gotha, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck und Pyrmont.

Soziale Rundschau.

Zulagen der Invaliden- und Hinterbliebenen-Renten.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung über die Gewährung von Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Hinterbliebenenrente aus der Invalidenversicherung Beschluß gefaßt. Der wesentliche Inhalt der Verordnung ist folgender: Wer aus der Arbeiterversicherung eine Invalidenrente oder eine Hinterbliebenenrente bezieht, also auf der Basis einer Rentenquittung mit Buchstaben J (hellgrünes Papier) oder K (hellgelbes Papier) vorzulegen muß, erhält vom ersten Februar 1918 ab monatlich acht Mark Zulage. Personen, die eine Witwen- oder Hinterbliebenenrente erhalten, die beim Empfang also eine Quittung mit dem Buchstaben W (dunkelgelbes Papier) oder WK (grünes Papier) vorweisen müssen, erhalten ebenfalls vom 1. Februar 1918 ab eine monatliche Zulage von

vier Mark. Empfänger von Alters- und Hinterbliebenen erhalten keine Zulage. Die Zulage wird ohne besondere Anweisung der Landesversicherungsanstalt oder der Kasse, von der er seine Rente bezieht, durch die Post ausbezahlt. Die Zulage ist zugleich mit der Rente zu erheben, sie kann aber auch nachträglich gezahlt werden, jedoch werden nach dem 30. Juni 1919 gestellte Anträge auf Zahlung der Zulage für Monate des Jahres 1918 nicht mehr berücksichtigt. Vorläufig ist die Zahlung von Zulagen nur für die elf Monate des Jahres 1918 (vom 1. Februar bis 31. Dezember) in Aussicht genommen, doch ist zu erwarten, daß den Empfängern von Invaliden-, Witwen- oder Hinterbliebenen auch nach dem 31. Dez. 1918, Zulagen zu ihren Renten, vielleicht in etwas geringerer Höhe, von den gesetzgebenden Körperschaften bereitgestellt werden. Für die Empfänger einer Invalidenrente, deren Gewerbsfähigkeit in gleicher Weise wie die der Invalidenempfänger beschränkt ist, wird demnächst eine ähnliche erweiterte Fürsorge getroffen werden.

Gewerkschaftliches. Entschädigung für unfreiwilliges Feiern.

Die Frage: Wer entschädigt den Arbeiter, wenn er wegen Kohlenmangel oder wegen der mangelnden Zufuhr elektrischer Energie feiern muß, ist im Rheinischer und Solinger Industriebezirk akut geworden. Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk in Reichel bei Düsseldorf, das die genannten Bezirke versorgt, ist infolge Kohlenknappheit nicht einmal in der Lage, die von der Regierung reduzierte Kraftmenge von 80 Prozent zu liefern. Infolgedessen ruhen die meisten Betriebe an mehreren Tagen in der Woche, jedoch etwa 35 000 Arbeiter zeitweise zum Feiern verurteilt sind. Einige Rheinischer Werte haben sich nun freiwillig bereit erklärt, den Arbeitern eine Entschädigung in der Höhe von 4—10 M. für die unfreiwilligen Feiertage zu bezahlen. Die Solinger Unternehmer lehnen aber jede Entschädigung ab bis auf wenige Ausnahmen, die bis zu 75 Prozent des verdienten Lohnes zahlen. Der Deutsche Metallarbeiterverband und die im Industriearbeiterverband vereinigten Lokalgewerkschaften verlangen nun die schlaunige Lösung der Frage: Wer muß die Arbeiter entschädigen? Die Rechtsanwaltsstelle des Kreisamtes stellt auf dem Standpunkt, daß die Unternehmer dazu verpflichtet sind. Das Hilfsdienstgesetz beschränke die Freizügigkeit der Arbeiter. Der Unternehmer, der weiter auf die Arbeitskraft seiner Arbeiter reflektiere, müsse auch, wenn Material- oder Kohlenmangel eintrete, den Arbeiter anderweit beschäftigen oder die Arbeitszeit bezahlen. Will der Unternehmer beides nicht, so muß er dem Arbeiter den Abfeiern geben.

Der Unternehmer-Verband hat sich ebenfalls um ein juristisches Gutachten bemüht, das in der „Arbeitgeber-Zeitung“ veröffentlicht wird. Darin heißt es:

„Der Unternehmer ist zu der Bezahlung des vereinbarten Lohnes auch dann verpflichtet, wenn er den Arbeiter infolge eines von ihm nicht verschuldeten Umstandes nicht beschäftigen kann. Nur dann wird der Unternehmer den Anspruch auf Bezahlung ablehnen können, wenn die Fortsetzung des Betriebes durch einen Umstand unmöglich gemacht wird, den der Unternehmer nicht zu vertreten hat. (Beispiel: Brandurkatastrophe, Explosion usw.) Wenn sich der Betrieb infolge vollständigen Materialmangels nicht fortsetzen läßt, so kann allerdings nicht ohne weiteres von einer unverschuldeten Unmöglichkeit die Rede sein, es ist vielmehr zu prüfen, ob nicht der Unternehmer, sei es auch mit sehr erheblichen Mehrkosten, von anderer Seite die nötigen Materialien beschaffen kann.“

Dieses Gutachten deckt sich zwar nicht ganz mit dem der Rechtsanwaltsstelle des Kreisamtes, doch spricht es ebenfalls von der Verpflichtung des Unternehmers, unter bestimmten Voraussetzungen den Arbeiter zu entschädigen.

Eine äußerst stark besuchte Versammlung der Gewerkschaften in Solingen nahm nun zu der Frage Stellung. Die Versammlung nahm einstimmig einen Entschluß-Entwurf an, der

Schöpferische Arbeit der russischen Revolution.

Nikolaus Rubakin schreibt in seinem Aufsatz: Die sozialen Geburtswehen des russischen Volkes u. a.:

„Alles, was die russische Geschichte geschaffen hat, alles vom Zarismus und von den russischen Zaren unter dem Segen des russischen unwissenden Popes errichtet, wird umgebaut. Es gibt keine Seite des russischen Volkslebens, keinen Winkel im riesigen Lande, selbst bis zu den Hüften der Tschuktschen, wo dieser allgemeine Umbau nicht in Angriff genommen worden ist. Und das alles während des Krieges, während der Revolution, während der Anarchie, die von allen Feinden des neuen Gesellschaftsbauens, zum geringeren Teil unbewußt, zum größeren Teil absichtlich, ins Leben gerufen worden ist. . . . Ueber die Anarchie wird viel geschrieben. Ueber die schöpferische Arbeit erdredend wenig. . . . Wir denken vor allem unsere Aufmerksamkeit auf die schöpferische Umgestaltung des öffentlichen Rechts. Gegenwärtig sind schon alle zentralen staatlichen Einrichtungen umgestaltet. Die Autokratie ist bis auf die Wurzel ausgerottet und durch Volksherrschaft ersetzt. Noch vor der Konstituante hat das russische Volk schon eine ganze Reihe aller nur möglichen allrussischen „Beratungen“ und „Kongresse“ abgehalten, das heißt ad hoc einberufene gewählte Vertreterversammlungen, die nicht nur eine beratende, sondern auch eine beschließende Summe hatten. Gleichzeitig werden die Organe der lokalen Verwaltung und Selbstverwaltung umgestaltet. Die Organisation des Zarismus ist teilweise schon vollständig beseitigt. Die Verwaltung ist überall durch Selbstverwaltung ersetzt, die ernannten Behörden durch gewählte, die Zentralisation durch Dezentralisation. Auch die Gerichte sind umgestaltet. Das Gemeinwesen ist eingeführt neben einer ganzen Reihe anderer Institutionen. . . . Rußland ist gegenwärtig mit einem ganzen Netz aller nur möglichen Keimzellen der Selbstverwaltung, „Ratsversammlungen“,

„Komitees“, „Kommissionen“ usw. überzogen, die zum allergrößten Teil aus einer allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Abstimmung herorgegangen sind, die in den Städten, Dörfern, Kasernen, Fabriken und sogar in den Schulen vorgenommen wurde („Schüler- und Elternkomitees“). So durchläuft das „unwissende“ russische Volk unauflöslich die politische Schule, die ihm vom verhassten Zarismus bis zum Jahre 1917 verenthalteten worden war. Gegenwärtig gibt es in Rußland mehr als 900 Soldaten- und Arbeiterräte, die alle arbeitenden Klassen in sich vereinigen und sie zweifellos stärker als die Bourgeoisie gemacht haben. Außerdem gibt es einige tausend Bauerndeputiertenräte (Gouvernements-, Kreis-, Gemeinde- und Dorfräte), eine Menge Agrarkomitees, die das Material zu einer bis jetzt unerhörten Agrarreform durcharbeiten und hauptsächlich aus einfachen Bauern bestehen, die vielfach noch des Lesens und Schreibens unfähig sind, sich trotzdem aber mit einer erstaunlichen Genauigkeit in den kompliziertesten Agrarfragen zurecht finden und sich zu dieser ihrer Sache — der Sache der „schwarzen Verteilung“ — wie zu einer religiösen Zeremonie verhalten. Es ist nicht schwer zu verstehen, daß die russische Agrarreform nichts anderes ist als eine gigantische Neuschöpfung auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen. . . . Vom Standpunkt der Güterbesitzer aus gesehen ist das natürlich Anarchie. Vom Standpunkt der Bauern aus ist es die Schaffung einer neuen Ordnung auf der Grundlage der Gerechtigkeit.“

Auch in den Fabriken wird schöpferische Arbeit geleistet; auch sie werden, wenn auch nicht so radikal wie das Dorf, in der Richtung auf den Sozialismus hin, im Sinne einer Neuregelung der Arbeiterfrage, reformiert. Die Fabriken werden jetzt in ganz Rußland außer mit Schulen und Kasernen, mit einer Reihe von Einrichtungen versehen, von denen den Arbeitern unter dem Zarismus nicht nur zu reden, sondern sogar auch zu träumen verboten war. Diese Träume werden jetzt zwar nicht mit einem Schläge, aber nach und nach zu lebendiger Wirklichkeit, wie z. B. der achtstündige, in einigen Fällen sogar der sechsstündige Arbeitstag. Besonders hohe Wellen schlägt das Leben in den großen Städten Rußlands, die sich dank der Einrich-

tung von „Rayondumas“ (Municipalitäten), in eine Art von Stadtföderationen verwandelt haben. Im Verlauf von kaum einem halben Jahre sind alle Stadtverwaltungen umorganisiert worden. . . . Jetzt herrscht in allen Städten ein angefeindetes Gemeinheitsleben. . . . Die Zahl der verschiedenen kooperativen (genossenschaftlichen) Vereinigungen ist in den neun Monaten nach der Revolution um 15 000 bis 20 000 gestiegen und beträgt jetzt mehr als 60 000 mit vielen Tausend Millionen Mitgliedern. Und alle diese kooperativen Vereinigungen spielen überall eine schöpferische Rolle, indem sie am Umbau der Grundlagen des Volkslebens tätigen Anteil nehmen. Eine nicht weniger schöpferische Entwicklung geht auf geistigem Gebiete vor sich. Die Einführung der allgemeinen obligatorischen Schulbildung geht in viel rascherem Tempo vor sich als unter dem Zarismus. Schulen aller nur möglichen neuen Typen schießen aus dem Boden, darunter Mittelschulen und Gymnasien. Selbst Gymnasien für Erwachsene sind errichtet worden. Das Ministerium für Volksaufklärung hat beschlossen, daß schon im Oktober dieses Jahres auf einmal 5000 neue Schulen für Erwachsene in den Dörfern eröffnet werden sollen. Die früheren Kirchenschulen, die jetzt der Aufsicht der Geistlichkeit entzogen und dem Ministerium für Volksaufklärung unterstellt worden sind, haben ihren früheren tendenziösen Charakter als Bruchstätten geistiger Verdummung und als Kampfmittel gegen eine Aufklärung im europäischen Sinne verloren.“

Rubakin berichtet dann über Errichtung von Volksschulen und Volksumbibliotheken, über die Verbreitung der Bildung durch Flüchtlinge und Verdumdete. 1911 habe noch die Zahl der Analphabeten 61 Prozent in Rußland betragen. Jetzt könne man aus einigen Angaben ersehen, daß die Zahl aller Analphabeten nicht mehr 40 Proz. (einschließlich der Frauen) betrage. Einzelne Zeitungen erscheinen jetzt in Millionenauflagen („Kuhkoje Slovo“ habe z. B. 1,3 Millionen Abonnenten). Die Sozialrevolutionäre haben nach ihrem Rechenschaftsbericht in drei Monaten 4 Millionen sozialistischer Broschüren verbreitet. Der Damm des Zarismus ist niedergebrosen — so schreibt Rubakin zum Schluß — und das geistige Leben ergießt sich wie ein Wasserfall.“

*) Der Aufsatz wird im nächsten Heft der Internationalen Rundschau (Büria) erscheinen.

verlangt, daß die Entschädigung für die genannten Sperrtage mit rückwirkender Kraft bezahlt werden sollen. Für viele Arbeiter handelt es sich da um erhebliche Beträge, denn die Sperrtage wegen Mangel an elektrischer Kraft sind schon seit Jahresfrist eingeführt. Die Solinger Unternehmer beweisen die Arbeiter an die Regierung. Man darf gespannt sein, wie die Frage ihre Erledigung finden wird. Gerade an diesem Beispiel zeigt es sich wieder, daß die Einführung einer Arbeitslosenversicherung durch Gemeinde oder Reich einer der brennendsten Fragen ist, die eine schnelle Erledigung verdient.

Volkbund für Freiheit und Vaterland.

Berlin, 7. Jan. (Priv.-Tel.) Der Volkbund für Freiheit und Vaterland hielt heute im Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses seine erste Mitgliederversammlung ab. Der Saal war von Männern und Frauen dicht gefüllt. Die Tagesordnung lautete: Aufgaben und Ziele des Volksbundes. Den Vorsitz führte Professor Franke. Nach Ansprachen von Geheimrat Prof. Troeltzsch, Reichstagsabg. Legien und Herrenhausmitglied Siegerwald, die alle lebhaften Beifall fanden, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Der „Volkbund für Freiheit und Vaterland“ der in wirtschaftlichen Verbänden von Arbeitern und Angestellten sowie Beamten und Einzelmitglieder aus Stadt und Land nahezu 4 Millionen deutsche Männer und Frauen vereint, bekennt sich in seiner ersten Mitgliederversammlung am 7. Januar 1918 im Abgeordnetenhause in Berlin zu nachstehenden Grundsätzen und Forderungen:

1. Solange der Vernichtungswille der Feinde nicht gebrochen ist, muß unser Volk wie an den Fronten so auch in der Heimat in treuer Einigkeit und Tapferkeit gegen unsere Brüder im Waffentrock zur Verteidigung des Vaterlandes zusammenstehen, um in äußerster Anspannung aller Kräfte die feindlichen Anschläge zu vereiteln.

2. Um diese Einigkeit unseres Volkes und die Anspannung seiner Kräfte zu stärken, ist es ein in der Gerechtigkeit wurzelndes Gebot höchster Staatsnotwendigkeit, sofort den eingeleiteten freiheitlichen Aufbau in Reich und Stadt fortzuführen, die Gleichberechtigung aller Staatsbürger und ihre Mitarbeit an den öffentlichen Aufgaben zu sichern. Insbesondere fordert der Volkbund die schleunige Durchführung des gleichen, geheimen und allgemeinen Wahlrechtes für das Abgeordnetenhause und eine vollständige Reform des Herrenhauses in Preußen. Jede Verklebung würde schwere Gefahren für die innere Einheit heraufbeschwören. Nicht minder muß noch während des Krieges die Koalitionsfreiheit gewahrt, das Vereinsrecht gesichert und die Vertretung von Arbeitern und Angestellten in den Arbeitskammern gesetzlich geregelt und dem entsprechend die Vertretung der Beamten in geeigneten Körperschaften herbeigeführt werden.

3. Die freiheitliche Entwicklung im Innern bietet zugleich eine feste Grundlage für eine klare und offene Politik nach außen. Wir lehnen einen Verzichtfrieden ebenso entschieden ab wie einen Gewaltfrieden, der den Keim künftiger Kriege in sich birgt. Wir wollen einen Frieden der Verständigung, der die Ehre und hohe Entwicklung unseres Volkes sichert, unbeschadet etwa zu vereinbarenden Grenzveränderungen, der von gewolltamen Gebietsveränderungen und Kriegsentschädigungen absteht und das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufrichtig wahr. Jeder Frieden, der Dauer haben soll, muß den freien Verkehr und Handel der Völker und die Gemeinschaft des Rechtes und der Sittlichkeit gewährleisten. In diesen Forderungen weiß sich der „Volkbund für Freiheit und Vaterland“ einig mit der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes.

Kommunalpolitik.

Seibelberg, 7. Jan. Unter dem Vorherrsche des Landratsdirektors Giesler-Mosbach fand gestern im katholischen Gesellenhause eine Gemeindevertretung der Zentrumspartei für das Badiische Mittel- und Unterland statt. Der Vorsitzende berichtete über die Tagung in Offen im November 1916, auf der die kommunalpolitische Vereinigung der Zentrumspartei gegründet wurde. Als Organ wurden die kommunalpolitischen Blätter bestimmt. Die Fraktionen von Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg haben sich schon früher zum Beitritt bereit erklärt. Der Redner bezeugte es als wünschenswert, daß überall Fraktionen gebildet wurden und die einzelnen Mitglieder in Vorberatungen miteinander Rücksprache nahmen.

Unterhaltung und Belehrung

Wer hat den Radiergummi erfunden? In ausländischen Zeitungen wird jetzt berichtet, die Portugiesen wollten dem Erfinder des Radiergummis in Oporto ein Denkmal errichten. Nun kann man ja im Zweifel darüber sein, ob gerade eine dringende Veranlassung vorliegt, ein solches Denkmal zu errichten, es sei denn, daß die Portugiesen ein besonderes Bedürfnis empfinden, die Zahl ihrer berühmten Männer zu vermehren. Dazu kommt, daß es gar nicht feststeht, wer eigentlich den Radiergummi erfunden hat. Die Portugiesen nehmen das Verdienst in Anspruch für Magalhães, den letzten Nachkommen des berühmten Seefahrers, und berufen sich dabei auf eine Angabe aus dem Jahre 1782 in der Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Paris. In Wirklichkeit war die Erfindung schon früher bekannt. Der englische Theolog, Philosoph, Chemiker und Physiker Josef Priestley, der zahlreiche chemische Entdeckungen machte, hatte schon 1770 den Kaustikum empfohlen, um Bleistifte auszuwischen. In Frankreich wurden bereits 1775 in den Papierhandlungen kleine Kaustikumstücke unter dem Namen „Beau de Negre“ (Negershaut) verkauft. Wenn demnach die Akademie der Wissenschaften sich die erwähnte Renennung als eine portugiesische Erfindung berichten ließ, so beweist das eben, daß selbst schon vor Priestley jemand die Eigenschaften des Kaustikums als adiergummi erkannt hat. Jedenfalls können die Portugiesen sich die Errichtung eines Denkmals in Oporto sparen.

Die Fraktionen sollen sich dann in einer losen Vereinigung für Baden zusammenschließen und sowohl einzeln als auch als Landesvereinigungen der Reichsvereinigungen beitreten. Baden erhalte dann auch Vertretung im engeren Ausschuss. Jeder Zentrumsvorsteher soll gebunden sein, Fraktionsmitglied zu sein und die Zeitschrift erhalten. Landgerichtsdirektor Giesler berichtete dann über die Abänderung der Städteordnung. An den Vortrag schloß sich eine lebhaft ausgeführte Aussprache. Das Klassenwahlrecht fand darin keinen Verteidiger.

* Seibelberg, 8. Jan. Die hiesige Stadtgemeinde hat ein ihr gehöriges Gelände in der Nähe der Bahnstation Schierbach für den Bau von 18 Kleinhäusern mit Gärten in Aussicht genommen. Die Stadt behält sich für die Zeitdauer von 50 Jahren ein Vorkaufrecht vor; Entwürfe für die Heimstätten wurden vom Stadt. Hochbauamt angefertigt.

* Mannheim, 8. Jan. Dem Bürgerausschuss ist eine Vorlage des Stadtrates über die Einführung einer Luftverkehrssteuer zugegangen. Als steuerpflichtig sollen alle öffentlichen Vergnügungen gelten, Feste, öffentliche Aufführungen jeder Art, ferner sportliche Veranstaltungen gegen Eintrittsgeld, alle öffentlich aufgestellten Automaten, gemeinschaftliche Gelage, Tanzbelustigungen, Theateraufführungen sind stets steuerpflichtig; Wettspiele dann, wenn Zuschauer gegen Entgelt zugelassen werden. Veranstaltungen, die von Schülern oder für Schüler der im Stadtbezirk befindlichen Unterrichtsanstalten gehalten werden, sind steuerfrei. Konzerte, die der Volksbildung dienen, sind steuerfrei. Die Kartensteuer beträgt: bei einem Eintrittsgeld von 50 Pfg. oder weniger 5 Pfg., bei höherem Eintrittsgeld für je angefangene 50 Pfg. 5 Pfg. Wenn keine Eintrittskarten verkauft werden, wird eine Pauschalgebühr erhoben.

* Mannheim, 8. Jan. Der Voranschlag des Mannheimer Hof- und Nationaltheaters für die Spielzeit 1918/19 schließt mit einer Gesamtschuld von 1.801.119 M. i. B. und mit einer Gesamtschuld der Einnahmen in Höhe von 884.000 M. (gegen 812.400 M. i. B.) ab. Es erhöht sich der außerordentliche Zuschuß von 681.490 M. auf 782.610 M. Der gesamte Zuschuß der Stadtgemeinde wird auf 914.299 M. berechnet.

Baden.

Staatsminister von Bodman als Bundesratsbevollmächtigter.

Kant Reichsanzeiger ist Staatsminister Dr. Frh. von und zu Bodman zum Bundesratsbevollmächtigten des Großherzogtums Baden ernannt worden.

Badischer Landtag.

Der Landtag nimmt heute seine Sitzungen wieder auf. Erster Beratungsgegenstand wird die allgemeine Aussprache über den Staatsvoranschlag sein.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion brachte folgenden Antrag ein: Die Zweite Kammer wolle beschließen, die Gr. Regierung zu eruchen, im Bundesrat dahin zu wirken, daß die Unterstützungsbüro der Unterliebenden von Kriegsteilnehmern eine den heutigen Lebensverhältnissen entsprechende Erhöhung erfährt.

Karlsruhe, 8. Jan. Am Montag nachmittag entstand in der Wirtschaft zur Krone hier ein Brand im Dachstuhl über dem Saalbau. Der angerichtete Schaden beläuft sich auf einige tausend Mark.

Freiburg, 8. Jan. Durch die Aufmerksamkeit und Mühe des reisenden Publikums war es am 31. Dezember wiederum gelungen, in Jagen kurz vor Freiburg und Donaueschingen drei als Frauenpersonen verkleidete entlohene französische Kriegsgefangene in Begleitung von deutschen Mädchen, die mit ihnen Verkehr gepflogen und ihnen Beihilfe zur Flucht geleistet hatten, festzunehmen. Die Befangenen hatten die Mädchen durch die Vorpostenregelung, sie später in Frankreich heiraten zu wollen, für eine Beihilfe zur Flucht zu gewinnen gesucht.

Säckingen, 6. Jan. Auf Station Wehr war der Arbeiter Karl Stodmar nicht rechtzeitig ausgestiegen und sprang vom Zuge ab, als dieser sich wieder in Bewegung gesetzt hatte. Er kam dabei zu Fall und geriet unter die Räder des Wagens, wobei ihm ein Fuß und eine Hand abgefahren wurde; außerdem erlitt er einen Schädelbruch.

Rotenburg bei Wiesloch, 9. Jan. Ein schweres Verbrechen hat sich am Montagabend hier ereignet. Nach einem kurzen Wortwechsel sah der 17-jährige Sohn des im Felde stehenden Wehrführers Karl Graulich seinen Onkel, den Reservisten Hermann Graulich von Aufsch, nieder. Hierauf richtete der junge Mann die Waffe gegen sich selbst und tötete sich durch einen Schuss in den Kopf.

Seibelberg, 8. Jan. Der 17-jährige alte Hilfsarbeiter Karl Breuninger, der bei der Firma C. Maquet & Co. m. b. H. beschäftigt war, erlitt gestern Abend auf seiner Arbeitsstelle einen tödlichen Unfall. Breuninger war an einer Pressmaschine beschäftigt, wurde von der Gelenkverstellung am obersten Knopfloch seiner Arbeitsmaschine erfaßt und sein Kopf um die Knüppelung gedrückt. Der junge Mann erlitt, wie das „Seibeld. Tagbl.“ berichtet, einen Wirbelsäulenbruch, der den sofortigen Tod zur Folge hatte.

Seibelberg, 8. Jan. Auch die Stadtverwaltung Seibelberg hat angeordnet, daß von heute ab, Theater, Lichtspielhäuser, öffentliche Vergnügungstätten, Versammlungsräume sowie die Kirchen nicht mit Heizmaterial versehen werden. Die Schließung der Schulen ist ebenfalls angeordnet. Auch in Stuttgart sind die Weihnachtsferien sämtlicher Schulen wegen Brennstoffmangels bis 21. Jan. verlängert worden. In den anderen nördlichen Orten wurde ein gleiches Verfahren von Regierungsseite nahegelegt. In Karlsruhe haben ebenfalls mehrere Schulen den Unterricht noch nicht aufgenommen. — Zum ehrenden Gedächtnis des Malers Wilhelm Trübner wird eine Straße hier den Namen Trübner-Strasse erhalten.

Mannheim, 6. Jan. In Ludwigshafen stieg am Sonntag früh ein Wagen der Straßenbahn und ein Volkswagen aus Frankental in der Nähe der Unterführung zusammen. Die Ladung des Volkswagens, Zucker, fiel auf die Straße, das Pferd wurde überfahren und getötet. Personen kamen nicht zu Schaden.

Die badischen Weihnachtsgaben im Felde. In der Zeit vom 27. November bis 10. Dezember 1917 sind 180.000 Weihnachtspakete aus allen Orten Badens durch die Abnahmestellen freigegeben bei 14. K. A. in Karlsruhe an unsere badischen Truppenteile zum Versand abwärts worden. Beinahe alle Weihnachtsgaben

haben ihren Bestimmungsort rechtzeitig erreicht. Zu hunderten kommen täglich Donklasten von Truppenteilen und einzelnen Mannschaften aus dem Felde. Alle sind voll von Dankesworten und der Bewunderung, daß die Heimat unserer Heldengräuen auch im vierten Kriegsjahr ein frohes Weihnachtsfest ermöglichen konnte. Jedem einzelnen Spender, insbesondere aber den Hauptamtsstellen des Bad. Landesvereins vom Roten Kreuz in Karlsruhe, sei an dieser Stelle herzlichster Dank ausgesprochen. Nur dadurch, daß allerorts der Aufruf zur Sammlung von Weihnachtsgaben so reichlichen Widerhall fand, war es möglich, das groß Wert zu vollenden.

Keine Zulassung von Einschießpatenten. Der Deutsche Handelsrat hatte an den Staatssekretär des Reichspostamtes in einer Eingabe die Bitte ausgesprochen, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob nicht die (am 5. Februar 1917 aufgehobenen) Einschießpatente wieder eingeführt werden könnten. Der Staatssekretär antwortete auf die Eingabe, daß die Prüfung der Frage, ob es angeht, sei, die Entscheidung bei Privatpatenten wieder zuzulassen, ergeben habe, daß die Betriebswirtschaftlichen, die im Februar vorigen Jahres die Beschränkung notwendig machten, in verächtlichem Maße fortbestehen. Die Bezirksbehörden hätten sich inzwischen aufgrund eingehender Beobachtungen übereinstimmend dafür ausgesprochen, daß das Verbot der Einschießpatente aufrecht zu erhalten sei, da sich der Patentschutz inzwischen beträchtlich gesteigert habe. Unter diesen Umständen sei der Staatssekretär des Reichspostamtes zurzeit nicht in der Lage, die Einschießpatente bei Privatpatenten wieder zuzulassen.

Das Arbeitsverhältnis kommandierter Mannschaften.

Nach einer Verfügung des preussischen Kriegsministeriums, die auch von Sachsen und Württemberg übernommen wurde, ist bei Kommandierung von Unteroffizieren und Mannschaften zu gewerblicher Tätigkeit grundsätzlich daran festzuhalten, daß den Kommandierten seitens des Arbeitgebers dasselbe Einkommen gewährt werden muß, welches freie Arbeiter aus der gleichen Tätigkeit erhalten. Da die Kommandierten — als Soldaten — Anspruch auf militärische Löhnung, Unterkunft und Verpflegung haben, sind die Beiträge dafür als Teile des Einkommens mit in Rechnung zu stellen. Die Löhnung erhält der Kommandierte grundsätzlich durch die Militärbehörde, die den Betrag wiederum vom Arbeitgeber erhält. Wenn auch Verpflegung und Unterkunft während des Kommandos von militärischer Seite weitergewährt werden, so sind auch deren Kosten vom Arbeitgeber zu ersehen. Alle diese Ausgaben darf der Arbeitgeber dem Arbeiter von dem ortsüblichen Lohn abziehen. Da die betreffenden Mannschaften, wie andere Kommandierte, seitens der Heeresverwaltung auch mit Befeldigung versehen werden, eine Entschädigung für die benutzten Uniformstücke aber von den Mannschaften nicht gefordert werden kann, ist in gleicher Weise von dem Arbeitgeber die Bewährung einer angemessenen, von den selbst. Generalkommandos festzusetzenden Entschädigung für die Uniformnutzung zu verlangen.

Anderer liegen die Dinge bei den zu der Arbeit beurlaubten Mannschaften. Sie sind völlig freie Arbeiter, die von der Militärverwaltung weder Löhnung noch Verpflegung oder Unterkunft erhalten und deshalb auch weder direkt noch indirekt eine Abgabe an die Militärverwaltung zu leisten haben.

Bevorstehende Enteignung von Obst bei Großhändlern und Erzeugern

Karlsruhe, 8. Jan. Die Bad. Obstverwaltung gibt bekannt: Es ist uns bekannt, daß größere Mengen von Winterlagerobst von Erzeugern und Großhändlern in der Erwartung zurückgehalten werden, es werde ihnen später gelingen, das Obst zu wesentlich erhöhten Preisen abzugeben. Zur Befriedigung etwaiger Zweifel wird bemerkt, daß eine spätere Festsetzung höherer Preise ausgeschlossen ist und daß gegen Schleichhandel mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vorgegangen werden wird. Da das Bedürfnis nach Obst bei der Bevölkerung nach wie vor groß ist, und wir verpflichtet sind, das Obst so weit als irgend möglich zu betriebliegen, sehen wir uns, wenn Erzeuger und Großhändler sich nicht aus freien Stücken dazu verpflichten, das Obst der Obstverwaltung vorzugeben. Wir richten deshalb an die Besitzer von Winterlagerobst die dringliche Aufforderung, das Obst, sobald es für den Winterbedarf benötigt wird, der Aufforderung der Geschäftsstelle der Bad. Obstverwaltung zu übergeben, sobald zur Uebernahme anzuwachen.

Fellen von der Enteignung zu kommen werden, so muß mit einem Uebernahmepreis gerechnet werden, der die geringste wertvolle Höchstpreis nicht erreicht. Großhändler, die Obst zurück zu geben, haben die Entziehung der Höchstpreise zu erwarten, zum zu erwarten. Wer Obst im Felde abgibt, unter Überlieferung der festgesetzten Höchstpreise von 10 bis 15 Pfg. pro 100 Kilo bis zu einem Jahr und 20 Pfg. pro 100 Kilo aus.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 9. Januar.

Schneewol.

Seit gestern liegt der Schnee wieder in den Straßen hoch, daß gestern in der Frühe die Fußgänger Mühe hatten vorwärts zu kommen, von den Fuhrwerken gar nicht zu reden. Nun weiß Jeder vom letzten Schneefall her, welche einschneidenden Folgen es hat, wenn jeder Verkehr darniederliegt. Wir brauchen es im Einzelnen nicht zu nennen. Jedenfalls hat man die Ueberzeugung gewonnen, daß dieser Zustand den ganzen Winter über nicht bleiben kann. Man kann nicht der Schnee einfach liegen lassen, bis ihn die liebe Sonne weggeschafft. Die Stadt muß, sie kann nichts machen. Es fehlt an Fuhrwerk und Leuten. Man wird sich daher wohl oder übel zu anderen Maßnahmen entschließen müssen, ähnlich wie in Berlin. Dort hat das Oberkommando der Marken verfügt, daß bei eintretendem Schneefall alle Anwohner der Straßen für die Freihaltung der Gehwege und Straßen in Ansehung genommen werden können. Die sog. „Schneefuhrverordnungen“ hat zwar in Berlin, wenn man jetzt im Winter so liegen darf, viel Staub aufgewirbelt, weil auch die Kennzeichen der der Herrschaften Schaufel und Besen zur Hand nehmen sollen. Es ist ja auch ganz unerbötlich, wenn die gnädige Frau morgens um 7 Uhr aus dem weichen Pulver soll, um sich mit Schaufel und Besen in Reih und Glied mit dem gewöhnlichen

Nr. 7.
Boll zu He...
wertung be...
fog. besser...
würde, wen...
nimt. We...
große Arbe...
digkeiten ab...
Wir...
Diskussion...
igend etw...
Die Fer...
verlängert...
ten im An...
die Betrieb...
weitere...
die Arbeit...
jumbial...
Entschädig...
Haushal...
schraben: T...
Um lang...
gehogen G...
starroffkop...
fann niema...
nenn er die...
traut. G...
tung, dafür...
ausreicht un...
und den T...
Zeit zu Ze...
nehmen lass...
handelt ober...
von der Cr...
Na. Soz...
zahlungsstern...
den Fra...
Unterstützung...
gegen haben...
teilung des...
vorausichtlich...
zu gewinnen...
nen mit der...
großen Nat...
auch schon...
der Ausgab...
Kriegsunterst...
abgegeben...
füllung der...
bezogen w...
um eine Ver...
schäft zu ver...
Na. Dem...
wurde von...
Betrag...
Herr Win...
von 100 M...
Unfall...
nach, mehr...
ber befähigt...
einen Schä...
mittels San...
werden.
Luzern...
Programm b...
Für die...
Belgesche...
So eit der...
Karl Red...
Sob, Inha...
Hofflieferant...
Amalie Dum...
Karl Kar...
Kraulein...
amte, 80...
H. Köpfer...
H. 10 M...
Hofbahnst...
Gebr. Jos...
Witwe 10...
Mittelsche...
Richard Gr...
Wuppenger...
Aug. Sch...
Professor W...
60 M., B...
rich Bauer...
Christian...
Ihre Kö...
herzogin...
8 Mädchen...
2 Briefkast...
fatten, ver...
Hirma C...
und Gu...
und, Droger...
Hofflieferant...
Hofhandlung...
Gebr. Reich...
große An...
Für die...
berühmten...
Karlsru...
Es tö...
2 tü...
2 zu...
bei 2

Voll zu stellen. Aber der Krieg hat schon eine derartige Umwertung von Anschauungen gebracht, daß man auch in den sog. besseren Vierteln wohl nur vereinzelt auf Widerstand stoßen würde, wenn man auch anderwärts das Berliner Beispiel nachahmt. Wenn alles mithilft, ist es für den Einzelnen keine große Arbeit. Man hat sich schon mit andern Kriegsnotwendigkeiten abfinden müssen.

Wir wollen mit diesen Zeilen die Sache nur einmal zur Diskussion stellen. So wie bisher kann es nicht bleiben und irgend etwas muß geschehen.

Die Ferien der Munitionsarbeiter auf unbestimmte Zeit verlängert. Wie die deutschen Waffen- und Munitionsfabriken im Angelegenheit bekannt geben, bleiben Hindernisse halber die Betriebe in Karlsruhe und Grözingen bis auf weiteres eingestellt. Wie bereits mitgeteilt, veranstaltet die Arbeiter des Werkes heute vormittag 10 Uhr im Colosseumsaal eine Versammlung, um zu der Frage der Entschädigung für den Lohnausfall Stellung zu nehmen.

Haushalten mit Kartoffeln. Vom Nachrichtenamt wird geäußert: Die Ergebnisse der amtlichen Erhebungen über den Umfang der Kartoffelernte entsprechen nicht den gehegten Erwartungen. Die Aussichten für die Erhöhung der Kartoffelproduktion sind deshalb außerordentlich gering. Es kann niemand damit rechnen, daß ihm Ertrag gegeben wird, wenn er die im Herbst eingelagerten Kartoffeln vorzeitig verkauft. Es liegt im eigenen Interesse einer jeden Haushaltung, dafür zu sorgen, daß ihr Vorrat für die vorgesehene Zeit ausreicht und sie keinesfalls mehr als 1 Pfund für die Person und den Tag verbraucht. Der Kommunalverband wird von Zeit zu Zeit Nachschau nach den eingelagerten Kartoffeln vornehmen lassen. Wer seine Kartoffelvorräte nicht pfleglich behandelt oder nicht damit hauszuhalten vermag, muß künftig von der Erlaubnis zur Einlagerung ausgeschlossen werden.

Soziale Fragen zum Friedensschluß. Beim letzten Auszahlungstermin der reichsgerichtlichen Familienunterstützung wurden Fragebogen ausgegeben, deren pünktliche Ausfüllung den Unterhaltungsempfängern zur Pflicht gemacht wurde. Die Fragebogen haben vor allem den Zweck, Anhaltspunkte für die Beurteilung des Wohnungsbedürfnisses nach dem Kriege sowie für die voraussichtliche Gestaltung des Arbeitsmarktes beim Friedensschluß zu gewinnen. Die ausgefüllten Fragebogen werden beim nächsten mit dem 15. ds. Mts. beginnenden Auszahlungstermin im großen Rathausaal in Empfang genommen. Sie können aber auch schon vom Mittwoch, 9. Jan., an werktäglich — auch während der Auszahlungstage — von 9-1/2 Uhr und 4-6 Uhr beim Familienunterstützungsamt im Rathaus, 3. Stod., Zimmer Nr. 98, abgegeben werden, woselbst auch Rat und Auskunft über die Ausfüllung der Fragebogen erteilt wird. Es empfiehlt sich, die Fragebogen womöglich schon vor dem Auszahlungstermin abzugeben, um eine Verzögerung und einen Anstand beim Auszahlungsgeheiß zu vermeiden.

Dem Ortsausschuß des Vereins Badsicher Heimatkant wurde von Herrn Fabrikant K. S. Wimpfheimer hier als einmaliger Beitrag die Summe von 1000 Mk. überwiesen. Gleichzeitig hat Herr Wimpfheimer dem Heimatkant mit einem Jahresbeitrag von 100 Mk. als Mitglied beigetreten.

Unfall. In einer Fahrt im Sammelbus stürzten vorgestern nachts mehrere aufeinander gefetzte Kübel, an denen ein Tagner befestigt war, um Der Arbeiter fiel unter die Kübel, erlitt einen Schädelbruch und mußte in schwer verletztem Zustande mittelst Sanitätsauto nach dem städt. Krankenhaus verbracht werden.

Luxemb.-Lichtspiele. (Lu-Li), Kaiserstraße 168. Das neue Programm bringt dieses Mal ein Schauspiel in 4 Akten, verfaßt

und inszeniert von Walter Schmitzblaser unter dem Titel „Der verkaufte Schlaf“, in den Hauptrollen Olga Engl, Rolf Brunner und anderer namhafter Künstler. Pepi Glöckner zeigt sich in ihrem neuesten Lustspiel „Pepi im Harem“ oder „Pepi als Lieblingsfrau des Maharadscha. Außerdem wird noch die Naturaufnahme „Im Fingerglanz der Schweizer Alpen“ gezeigt.

Residenz-Theater, Badstraße, zeigt Mittwoch bis einschl. Freitag den ersten Film der Sonderklasse 1918 von Carola Tölle in dem 4 aktigen Drama „Die Geächteten“. Ute und Kurt Bois machen wieder allerhand Streiche in dem nach Motiven von Wilhelm Busch gefertigten dreifaktigen Lustspiel „Abenteuer im Varenhaus“. In der Hauptrolle Paul Westermeyer. Der Vormarsch zur Piave ist eine interessante Ausgabe des Bild- und Filmmats. Am kommenden Samstag gastieren Lotte Neumann und Karl Beckerle in dem großen Schauspiel „Die Hochzeit der Cassida von Medinadors“ ferner Bruno Decarli in dem Drama „Der Richter“.

Ver-spätungen

in der Zustellung der Zeitung, namentlich an die auswärtigen Bezücker, sind gegenwärtig unvermeidlich. Die Ursachen sind Zugverspätungen, hervorgerufen durch die Kriegsverhältnisse und in letzter Zeit noch durch die starken Schneefälle. Dazu kommt jetzt leider die ungenügende Versorgung der für die Herstellung der Zeitung unentbehrlichen Sechsmaschinen mit Gas infolge Kohlenmangels. Die Leser dürfen überzeugt sein, daß unerseits alles geschieht, um dieser ungewöhnlichen Schwierigkeiten Herr zu werden. Wir möchten daher um Nachsicht und Geduld bei den Bezüchern bitten. Verlag des Volksfreund.

Aus der Statistikk der hiesigen Woch- und Schließgesellschaft vom Jahre 1917 wird folgendes entnommen: Es wurden offen gefunden 56 524 Hausstüren, 2 Keller, 12 Zäune, 16 Gießtischzimmer, 20 Läden, 32 Wirtschaften, 228 Fenster im Erdgeschoß und 3 Wasserzähnen. Es wurden festgestellt 634 mißbrauchte Feuerlöcher. — 307 Personen wurden gewickelt, 24 eingekerkert, 2 ausgewiesen, 5 festgenommen. — Gefunden wurden 12 Haus-schlüssel, 5 mal Feuer entzündet und gelöscht. 26 mal wurden Pferde aus gefährlicher Lage befreit und angebanden.

Größt. Hoftheater. Das 4. Sinfoniekonzert der Hofkapelle am heutigen Mittwoch, den 9., abends 7 Uhr wird mit der Sinfonie Nr. 8 von Haydn eingeleitet. Es folgen dann als Neuheit für hier 5 Arias von Mozart, die von Frau Bauer-Kotlar und den Herren Hofrat Prof. Orbenstein und Knechtbauer und Fiegler auszuführen beauftragt werden. Zum Schluß des von Herrn Cortalez geleiteten Konzerts wird Beethovens Sinfonie Nr. 7 op. 87 aufgeführt.

Neues vom Tage.

Ein Eisenbahnunglück in der Pfalz.

WZL. Landau i. d. Pfalz, 8. Jan. (Amtlich.) Vergangene Nacht, halb 12 Uhr, ist zwischen Kaiserslautern und Homburg vor Station Bruchmühlbach bei starkem Schneeeis ein K 11 a b e r z u g auf einen Güterzug aufgefahren. Von den Insassen des Umlaufzuges sind nach den bisherigen Feststellungen 18 getötet und 87 teilweise schwer verletzt worden. Hilfszüge gingen sofort von Homburg und Kaiserslautern ab. Die Verletzten wurden

in Bruchmühlbach, Miesau und im Reserve Lazarett untergebracht. Die Namen der Toten werden baldmöglichst veröffentlicht werden.

Letzte Nachrichten. Neue U-Boot-Erfolge.

Berlin, 8. Jan. (Amtlich.) Im Atlantischen Ozean und im Kermelkanal sind kürzlich von unseren U-Booten 5 Dampfer und 1 Segler versenkt worden. Mit Ausnahme eines waren sämtliche Dampfer bewaffnet und fuhren in Geleitzügen. Einen unserer U-Boote gelang es, durch zähes Festhalten und geschicktes Manövrieren aus ein und demselben Geleitzug 3 schwer beladene Dampfer zu vernichten. Unter diesen befanden sich die englischen bewaffneten Dampfer „Bernard“ (3682 Tonnen) mit Kohlen nach Gibraltar und „Bristol City“ (2511 Tonnen) mit Stüdgut, hauptsächlich Chemikalien, die nach New York bestimmt waren, und nach Angabe der Besatzung einen Wert von etwa 40 000 000 Mk. hatten. Der Segler war ein Volksschiff von annähernd 2000 Tonnen Größe.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 9. Jan. Gestern nachmittag wurde eine Vorbesprechung zwischen den Vorsitzenden der hier versammelten Abordnungen abgehalten, an der teilnahmen: Staatssekretär von Kühmann, Minister des Meeres Graf Czernin, Justizminister Popow, Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Trost, Großweir Talant Pascha und ukrainischer Staatssekretär für Handel und Industrie Wewolob Wolabowitsch. Nach Erörterung von Form- und Prozedurfragen wurde für heute vormittag 11 Uhr eine Vollsitzung anberaumt. Später fanden Besprechungen zwischen Vertretern der Vierundmächte und den ukrainischen Vertretern statt.

Die Alliierten lehnen ab.

Berlin, 8. Jan. (Privatmeldung.) Die Pariser Ausgabe des New York Herald meldet, Amerika werde als Ergebnis der gepflogenen Beratungen der Alliierten-Kabinette die russische Einladung zu den Friedensverhandlungen nicht beantworten. Clemenceau berief am Samstag die Parteiführer zu sich, um ihnen wichtige Mitteilungen über den letzten Ministerrat und über die Beratungen der Alliierten über die russische Einladung zu machen. Der Ministerrat begründete einer Genfer Meldung der „Löffischen Zeitung“ zufolge die ablehnende Stellungnahme Frankreichs damit, daß Frankreich ohne Englands-Lothringen keinen Frieden machen, darum auch nicht Verhandlungen aufnehmen könne. „Simantie“ meldet die bevorstehende Einberufung des Nationalkongresses der französischen Sozialisten zur Beschlußfassung über die durch Rußlands Vorgehen geschaffene internationale Lage.

Briefkasten der Redaktion.

Sprechstunden. In letzter Zeit mehren sich die Besucher von Auskünft suchenden auf unserer Redaktionsstube derart, daß wir dringend um Einhaltung der Sprechstunde von 12-1/2 Uhr bitten müssen. Nur in dringenden Fällen können wir zu anderer Zeit Besuche annehmen.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kadel; für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Dankjagung.

Für die Weihnachtsfeier im städt. Krankenhaus sind an Geldgeschenken und Gaben eingegangen von: Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin Luise 1 000 Mk., 1 Kell. Nachf. Karl Red 5 Mk., Kernh. Müller, Bierfabrik, 5 Mk., Frau Joh. Sch. Inhaber Karl und Ferd. Bahler 20 Mk., Karl Schäfer, Hoflieferant, 10 Mk., Ferd. Dold, Maurermeister 15 Mk., Frau Amalie Hummel geb. König 100 Mk., Frau von Dusch 10 Mk., Frau Karoline Hiller 15 Mk., Fiegler, zum Kaiserhof, 200 Mk., Fräulein Grete Raug 50 Mk., Hoflieferant Karl Zetler, Bahndammstr. 50 Mk., Frauereigef.-Ges. vorm. S. Wöfinger 80 Mk., Fr. Köpfer, Bierbrauer, idem, 100 Mk., Karl Baumann 10 Mk., Fr. A. 10 Mk., Oberbaurat Courtin 10 Mk., Gschw. Paer 10 Mk., Hofbaurat Dr. Scholz 20 Mk., Frau C. F. Otto Müller 20 Mk., Gebr. Jost Nachf. 50 Mk., Stadtrat Dr. Diez 10 Mk., K. Gl. ier Witwe 10 Mk., Frauereigef.-Ges. vorm. S. Schrempf 50 Mk., Rheinische Kreditbank 70 Mk., Emil Klein, Kaufmann 20 Mk., Richard Gräbener 5 Mk., Glasermeister Lampert 2 Mk., Karl Wippenzeller, Eisfabrik, 5 Mk., Frau von Gähler 100 Mk., Aug. Schulz, Wäschefabrik, 20 Mk., Bierbrauerei A. Brink 50 Mk., Professor Mykolejewitsch, Kaslati, 6 Mk., Karl Roth, Hofbrog., 50 Mk., F. Wolff u. Sohn 100 Mk., Christ Dertel 10 Mk., Heinrich Pauer, Privatmann, 10 Mk., Johanna Wunder 10 Mk., Christian Riempy 100 Mk., Frau A. Schrempf 20 Mk.

Ihre Königl. Hoheiten Großerzogin, Friedrich und Großherzogin Olga 3 Halsketten Malaga, 1 Peise, 2 Kisten Zigarren, 3 Kisten Tabak, 2 Haarbürsten, 4 Handbrüche, 4 Handtalen, 2 Briefstaschen, 1 Werth od. 1 Papp Briefpapier, 2 Blod Postkarten, verschiedene Bücher.

Firma Erbersberger u. Nees, eine große Schachtel Pfeffermischung und Gustugutiel, Frau Dierlamf Witwe 1 großes Bild r. l. u. d., Drogerie Strauß 2 Flaschen Wein, 1 Paket Tee, Fr. Mos, Hoflieferant, eine größere Anzahl Gesche kartell, Otto Stoll, Eisenhandlung, 20 Taschenuferzeuge, 1/2 Dugend Taschenmesser, Gebr. Reichlin 1 Pack Briefpapier, Frau Käthe Schrempf eine große Anzahl Spielsachen.

Für die Gaben sprechen wir namens der Beschenkten den herzlichsten Dank aus. Karlsruhe, den 7. Januar 1918. Städtische Krankenhans-Kommission.

Drucksachen werden rasch und billig angefertigt in der Buchdruckerei des „Volksfreund“. Es können sofort eintreten: 2 tüchtige Mälzer 2 zuverlässige Bierführer bei U. Prinz, Brauerei, Karlsruhe.

An die Arbeiter, Arbeiterinnen und Betriebsbeamte der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken. Da die Hindernisse, welche der Wiederaufnahme der Arbeit bisher entgegenstanden, noch immer nicht behoben sind, muß der Betrieb in den Werkstätten der Firma in Karlsruhe und Grözingen bis auf weiteres eingestellt bleiben. Karlsruhe, den 8. Januar 1918. Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken.

Bekanntmachung. In den Räumen des Rathauses, der Spar- und Handeltstube und des Konzertsaales wurden im 4. Vierteljahr 1917 folgende Gegenstände aufgefunden: 1 neues Buch, 1 schwarzer Schafwolltrogen, 1 schwarzer Schleier, 1 schwarze Kravatte, Handschuhe, Taschentücher, 1 Geldtasche, 1 Brille, 1 Spazierstock, 1 Lehrbuch der Geometrie mit 18 Bl. Strichzeichnungen, 1 Damenschürm, 1 Zigarettenstange, 1 Dornenglas, 1 Broiche (Kofenbuckel), 1 Paar Ohrringe, 1 weißes Kopftuch. Die Empfangsberechtigten werden hiermit aufgefordert, ihre Rechte an den Fundstücken binnen drei Wochen beim städtischen Hauptsekretariat (1), Rathaus 2. Stod., Zimmer 75, geltend zu machen, widrigenfalls das in § 979 BGB. bezeichnete Verfahren durchgeführt wird. Karlsruhe, den 5. Januar 1918. Das Bürgermeisteramt.

Zweien erschienen: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages in Würzburg vom 14. bis 20. Oktober. Preis M. 3.— (nach auswärts 30 Pfg. Porto). Die freie Burg von Rob. Grumbach. Preis M. 1.50 (nach auswärts und ins Feld 10 Pfg. Porto). Eine Erzählung, die im großen ganzen die Studententzeit des verstorbenen Genossen Dr. Ludwig Frank behandelt. Wir können das äußerst interessant verfaßte Werkchen zur Anschaffung bestens empfehlen. Buchhandlung Volksfreund

P. T. Palast-Theater P. T.

Karlsruhe Tel. 2502 Herrenstr. 11
Kasseöffnung $\frac{1}{3}$ Uhr. Anfang 3 Uhr.

Bis einschl. Freitag,

Maria Widal
in ihrem 3. Film der Urban Gad-Serie 1917/18

Der Schmuck des Rajahs
Drama in 4 Akten. Regie: Urban Gad.

Eine möblierte Villa ist zu verkaufen
Lustspiel in 3 Akten. — In den Hauptrollen: 2210

Melita Herbert Leo Petri Paulmüller eukert

Luxeum Lichtspiele
Kaiserstraße 168

Täglich Anfang 3 Uhr. Kassenöffnung $\frac{1}{3}$ Uhr.

Der verkaufte Schlaf
Schauspiel in 4 Akten von **Walter Schmidhässler.**
In den Hauptrollen: **Olga Engl, Rolf Brunner, Cläre Reitleit.** 2203

Pepi im Harem
oder **Pepi als Lieblingsfrau des Maharadscha.**
Lustspiel in 3 Akten.
In der Hauptrolle: **Pepi Glöckner.**

Im Firnenglanz der Schweizer Alpen. Naturaufnahme.

Unentgeltliche ärztliche Mütterberatungsstunde
für das **Kleinkind im Alter von 2 bis 6 Jahren**
findet statt:
am **Mittwoch, den 9. Januar, abends 5—6 Uhr,**
im **alten Rathaus, Mühlburg.**

Mütter!
bringt Eure Kinder, deren Gesundheit nicht ganz in Ordnung ist, zu dieser Beratungsstunde! 2202

Badischer Frauenverein, Abteilung VI.

Anmeldungen von Lehrstellen in allen Berufen
(Handwerk, Handelsgewerbe usw.) für **Knaben und Mädchen**
nimmt jetzt schon für **Ostern 1918** entgegen

Städt. Arbeitsamt 2194
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Zähringerstraße 100.

Berichtigung.
Der Preis für $\frac{1}{2}$ Pfund Grauen beträgt 8 Pfg., nicht 10 Pfg., wie in unserer Bekanntmachung vom 5. Januar 1918 irrtümlich angegeben.
Karlsruhe, den 7. Januar 1918.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

GALERIE MOOS
Kaiserstrasse 187
15. Nov. — 31. Dez. 1917
Gemälde
Badischer Künstler
Neue Graphik:
Farbenholzschnitte
Radierungen. 222

Für Dreher
in Großbetrieben habe ich dauernd lohnende Neben-einnahme zu vergeben. 2141
Junge Herr Berger
Zwickau i. S., Roonstr. 4.

Wir suchen für unsere Nahrungsmittelfabri-
keißige, saubere junge **Mädchen.**
Arbeitsbuch und Quittungskarte mitbringen.
Gesellschaft Sinner
Grünwinkel. 2128

Pfannkuch & Co
Wir empfehlen:
Glas-Zylinder
in allen Größen.
Für Petrol:
Reform-Zylinder
Stück 40 Pfg.
Rniff-Zylinder
oben verschmolzen,
mit Schutzmarke
Stück 35 Pfg.
Rniff-Zylinder
gewöhnliche, rauhe
Stück 30 Pfg.
Stern-Zylinder
klein, für Sparlampen
Stück 20 Pfg.
Für Gas:
Normal-Zylinder
Stück 40 Pfg.
Loch-Zylinder
Stück 50 Pfg.
Lochbirnen
für Hängelicht
Stück 70 Pfg.
Glühstrümpfe
stehend und hängend
Stück 75 Pfg.
Dochte 2199
Flachbrenner
Stück 10 Pfg.
Rundbrenner 6 u. 8"
Stück 15 Pfg.
10 und 14"
Stück 25 Pfg.

Bürsten
Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
In den bekanntesten
Verkaufsstellen

Danels Konfektionshaus
Wilhelmstraße 34, 1. Et.
Damenröcke
in großer Auswahl. 2200
Ein kleiner starker
Transportschlitten
zu verkaufen. **Volksfreund,**
Luisenstr. 24. 2055

Residenz-Theater
Waldstrasse
Mittwoch bis einschl. Freitag
Alleiniges Erstaufführung! echt!
1. Film der Sonderklasse von
Carola Tölle
in dem vieraktigen Drama
„Die Geächteten“.
Abenteuer im Warenhaus
Lustspiel in 3 Akten. 2207

Ausserdem die übrigen interessanten
Darbietungen des Bild- und Film-Ami.

Öffentliche Aufforderung.
Die Anmeldung zur Stammrolle betr.
Die Militärpflichtigen, welche für das Erreichung des
Jahres 1918 meldepflichtig sind, werden aufgefordert, sich zur
Stammrolle anzumelden und zwar beim hies. Militärbüro,
Karlstr. 178, Zimmer 178, Eingang von der
Zähringerstr. Westt. vormittags von 8—11 Uhr, nach-
mittags von 1—5 Uhr.
1. Zur Anmeldung sind verpflichtet:
a. alle Deutschen, welche im Jahre 1918 das 20. Lebensjahr
zurücklegen, also im Jahre 1898 geboren sind und sich noch nicht
im Militärdienst befinden.
b. alle früher geborenen Deutschen, über deren Dienstpflicht
noch nicht endgültig durch Ausschließung, Ausmusterung, Ueber-
weisung zum Landsturm, zur Ersatzreihe oder Marine-Ersatz-
reihe oder durch Aushebung für einen Truppen- oder Marine-
teil entschieden ist, sofern sie nicht durch die Ersatzbeförden von
der Anmeldung ausdrücklich entbunden oder über das Jahr 1918
hinaus zurückgestellt sind.
2. Die Anmeldung erfolgt bei der Gemeindebehörde des
Orts, an dem der Militärpflichtige seinen dauernden Aufenthalt
hat. Hat er keinen solchen, so muss die Anmeldung an dem Ort
des Wohnsitzes, und beim Mangel eines inländischen Wohnsitzes
am Geburtsort, oder wenn auch dieser im Ausland liegt, am
letzten Wohnsitz der Eltern erfolgen.
3. Ist der Militärpflichtige von dem Orte, in dem er sich
nach Ziffer 2 zu melden hat, zeitig abwesend, so haben die
Eltern, Vormünder, Lehr-, Vrot- oder Fabrikherren die Ver-
pflichtung zur Anmeldung.
4. Die Anmeldung hat in der Zeit vom 2. bis 15. Januar
1918 zu geschehen; sie soll enthalten: Familien- und Vornamen
des Pflichtigen, dessen Geburtsort, Geburtsjahr, und Tag, Auf-
enthaltsort, Religion, Stand oder Gewerbe, sowie Name, Stand
oder Gewerbe und Wohnsitz der Eltern, sowie ob diese noch leben
oder tot sind. Sofern die Anmeldung nicht an dem Geburts-
ort erfolgt, ist ein Geburtschein vorzulegen. Bei wieder-
holter Anmeldung müssen die Mustersausweise vorgelegt werden.
5. Wer die vorgeschriebene Meldung unterlässt, wird mit
Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.
Karlsruhe, den 8. Januar 1918. 2206
Bürgermeisteramt.

Sendet Karten ins Feld.
Atlas der Ost- und Südostfront, 5 farbige
Karten von 1. Südwestrussland, 2. Nordwestrussland,
3. Rumänien, 4. Mazedonien, 5. Aegypten.
Atlas der Westfront, 5 farbige Karten von 1.
Istende-Arras, 2. Laon-Reims, 3. Reims-Verdun, 4. Toul-
Nancy, 5. Kolmar-Belfort.
Die Karten sind gut beschriftet und deshalb zur Orientierung
sehr geeignet.
Preis des gebundenen Taschen. 1 Mark.
(nach auswärts und ins Feld 10 Pfg. Porto).

Venedig und Piave-Linie
neueste Karte vom
Italienischen Kriegsschauplatz
gut beschriftet und sehr übersichtlich.
Preis 60 Pfg. (nach auswärts 5 Pfg. Porto).
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volk und, Luisenstr. 24.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
Geburt. Alfred, Vater Johann Weimann, Fabrikarbeiter.
Todesfälle. Olga Bissler, alt 88 Jahre, ledig, Veräufserin.
Katharina Baas, alt 66 Jahre, Witwe von Gustav Baas, Schneider-
meister. Alfred, alt 1 Jahr 10 Monate 8 Tage, Vater Christof
Nieselmann, Hafnarbeiter. Eug. Müller, Privatmann, Witwe,
alt 65 Jahre. Heinrich, alt 2 Jahre, Vater Friedrich Kirchmayer,
Stafuführer. Maria Sosaaf, alt 57 Jhr., Witwe von Engelbert
Sosaaf, Landwirt. Julie Gugel, alt 70 Jahre, Witwe von Karl
Gugel, Apotheker.